

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 140

Mittwoch, den 18. Juni 1930

37. Jahrgang

Neuregelung des Notopfers

Preussische Aenderungsvorschläge zum Deckungsprogramm.

Im Reichsrat soll am Mittwoch die Deckungsvorlage der Reichsregierung zur Beratung gelangen. Der Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer will sie namens der Regierung vertreten. Es darf schon jetzt als wahrscheinlich gelten, daß die Vorlage über das Notopfer bereits im Reichsrat fallen wird. Das preussische Kabinett, das sich mit den Vorlagen eingehend beschäftigt hat, wird im Reichsrat einen anderen Weg zur Deckung des Etatsdefizits für 1930 vorschlagen: statt des vierprozentigen Notopfers einen 2 1/2-prozentigen Beitrag aller Festbesoldeten zur Arbeitslosenversicherung. Auch andere Länder werden Abänderungsanträge vorbereiten, weil sie das Notopfer ablehnen.

Über die Vorschläge Preußens wird des näheren bekannt: Auf Anregungen, die aus den Kreisen des preussischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangetragen worden sind, soll das neue Deckungsprogramm jetzt dahin umgestaltet werden, daß für die Angestellten die bisherige Freigrenze bei der Arbeitslosenversicherung von 8400 Mark Jahres Einkommen aufgehoben wird. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Einkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Erwerbslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitgebern der Angestellten künftig 2 1/2 Prozent des Bruttoeinkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2 1/2 Prozent entrichtet werden. Ähnlich sollen die Leistungen der Beamten bemessen werden, nur daß hier lediglich sie selbst 2 1/2 Prozent ihres Einkommens zugunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden aus naheliegenden Gründen von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen, wie gesagt, unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugeführt werden, die man über den außergewöhnlichen Mißstand dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig saniert worden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder beseitigt werden. In den nächsten Tagen werden über diese Pläne mit den Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien eingehende Verhandlungen geschlossen werden.

Sachsen gegen das Notopfer.

Von der sächsischen Staatskanzlei wird amtlich mitgeteilt:

Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrechtlichen Bedenken war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten ein Teil eines auf Senkung der Preise, der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht irgendwie gewährleistet ist, eine so einseitige und schematische Belastung eines Volksteiles als nicht am Platze erscheint.

Proteststürme.

Nun hat sich ungefähr der ganze Reichstag in allen seinen Fraktionen — abgesehen von einigen kleineren, die vorläufig noch schweigen — gegen die „Reichshilfe“ Dr. Molkenhauers und mit ihm der Regierung erklärt. Gegen die vierprozentige Einkommenbesteuerung aller Festbesoldeten und — je nach der Parteirichtung — auch gegen verschiedene Teile seiner Reform. Während die Regierung etwas zu laut und zu feierlich noch Ende vergangener Woche betonte, daß sie alles, also Arbeitsbeschaffungs-, Preislenkungs-, Steuererhöhungs- und Ausgabenlenkungsprogramm, als ein unteilbares Ganzes betrachte. Nun hat sich gegen die „Reichshilfe“-Pläne Dr. Molkenhauers sogar jene Partei erklärt, der er selbst angehört. Und es besteht daher für das Kabinett Brüning nicht die Spur von Aussicht, seine Vorschläge, die jetzt bereits dem Reichsrat zugeleitet sind, auf dem üblichen parlamentarischen Wege durchzubringen. Möglicherweise — das wäre ein mehrfach erfolgtes Vorkommnis — wird die „Reichshilfe“ in der Molkenhauer'schen Form bereits im Reichsrat „quittotiniert“ oder es wird sonst irgendein Manöver vorbereitet, das dann hinter den Kulissen des Reichsrats oder des Reichstages abspielen soll.

Denn damit ist ja unbedingt zu rechnen, daß nun die Reaktionen es ist, die entweder nach oben oder unten

müssen. Den Reichstag auflösen und ihn neuwählen zu lassen, wäre angesichts der gesamten politischen Situation vom Regierungspunkt aus eine ebenso große Unmöglichkeit wie etwa der Versuch, mit Hilfe des Paragraphen 48 regieren zu wollen, — wobei es noch mehr als fraglich ist, ob der Reichspräsident mitmachen würde. Also bleibt der Regierung Brüning bzw. ihrem Finanzminister Dr. Molkenhauer kaum etwas anderes übrig, als entweder selbst neue Vorschläge zu machen oder sich solche machen zu lassen, — und dabei das nicht gerade angenehme Gefühl mit sich herumzutragen, daß man sich mit der letzten programmatischen „Wochenend“-Erklärung reichlich weit vorraus hat.

Ergänzt ja Proteste von allen Seiten und unberechtigt waren sie durchaus nicht. Daß überdies die Regierung sehr geschickt operierte, auch eine hierbei sehr notwendige Berücksichtigung massenpsychologischer Strömungen und Tendenzen erfolgen ließ, verneint selbst die Freunde des Kabinetts. Die Opposition aber fand darin scharfe Waffen. Im Arbeitsbeschaffungsprogramm bröckelt es auch, weil die Reichsbahn erklären mußte, sie könne von ihrem 240-Millionen-Umsatz an dem Ertrag der Young-Anleihe nichts hergeben für die Zwecke, sondern brauche das Geld zur Deckung des laufenden Defizits. Mit der Preislenkung — und gerade deswegen ist ja die Deutsche Volkspartei so sehr gegen die „Reichshilfe“ — wird natürlich gar nichts, wenn das Reich gleichzeitig damit die Steuerbremse in der Art anzieht, wie Dr. Molkenhauer und das Kabinett es vorschlagen. — Bisher wenigstens!

Denn was nun als nächstes Programm aufzutauschen wird, nachdem das jegliche keinerlei Aussicht auf Annahme mehr hat, vermag niemand zu sagen, der nicht etwa parlamentarische Couloirgespräche als fertige Waren und Entschlüsse betrachten will. Derart herumwirrende Vorschläge gibt es ja eine ganze Menge, aber die „Situation“, wie unsere früheren „l. u. l. Bundesgenossen“ zu sagen pflegten, ist doch jetzt so, daß die Regierung ganz allein von sich aus und ohne sich mit den Regierungsparteien auch nur einzermalen zu verständigen nicht wie Pflaumen aus dem Busch mit neuen oder geänderten Plänen hervorbekommen kann. Sie hat eine Art stillschweigendes Mißtrauensvotum erhalten, das ein um so schwereres Gewicht hat, als sich fast alle Parteien des Reichstages und weite Kreise der politisch interessierten Öffentlichkeit gegen das Kabinett Brüning aussprechen.

Auch die Deutsche Volkspartei hat sich aber nicht damit begnügt, nur die „Reichshilfe“ abzulehnen, sondern schlägt vor, das Reichsdefizit vor allem durch eine sofortige Ausgabenlenkung möglichst zu verkleinern. Ähnliches hat ja z. B. auch der Hanabund angeregt, der nach dieser Richtung hin ganz bestimmte Vorschläge gemacht hat. Steuererhöhungen seien dann nur in geringem Umfang notwendig und nicht dringender Art. Und da mag ein ganz radikaler Vorschlag erwähnt sein: Kürzung aller Staatsausgaben um fünf Prozent. Der hört sich zwar sehr einfach an, ist aber höchstens nach der sachlichen Seite hin durchführbar. Das eine aber geht mit größter Augenscheinlichkeit aus der ganzen „Situation“ hervor: Wieder einmal ist der Karren fest. Und mit „Machtproben“ ist er nicht mehr vorwärtszubringen.

Forderungen der Wirtschaftspartei.

Ein Brief an den Reichskanzler.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Drewnitz, hat an Reichskanzler Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die alte Forderung der Wirtschaftspartei auf einen allgemeinen prozentualen Abschritt im Gesamthaushalt hinweist.

Ein entsprechender Antrag auf eine prozentuale Senkung der Gesamtausgaben um 5 Prozent wird angekündigt. Von der Stellungnahme der Regierung und der Einstellung der hinter der Regierung stehenden Parteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Veränderungen der Beiträge zur Krankenkasse die Gesamtlast nicht erhöhe werde. Eine Belastung der Angestelltenlast, wie sie das Molkenhauer'sche Notopfer vorsehe, halte die Wirtschaftspartei für bedenklich.

Dagegen halte die Wirtschaftspartei eine Änderung der Besoldungsordnung für notwendig. Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht wird erklärt, daß der Augenblick gekommen sei, dieses Problem mit aller Beschleunigung der Lösung entgegenzuführen.

Die Deckung der Mindereinnahmen.

Ausbau der Ledigensteuer, Erhöhung der Tabaksteuer, Schankverzehrssteuer.

Die Vorschläge der preussischen Staatsregierung ergeben nach amtlicher Mitteilung gegenüber dem Deckungsprogramm der Reichsregierung eine Mindereinnahme von 123 Millionen. Die Staatsregierung beschloß, der Reichsregierung einen Ausbau des Ledigennotopfers vorzuschlagen, durch den eine Mehreinnahme von 50 Millionen erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch Einsparungen oder schärfere Besteuerung des Tabaks gewonnen werden.

Die Verkürzung der Besoldung nimmt den Ländern und Gemeinden die letzte Reserve für einen etwa notwendigen Ausgleich von Fehlbeträgen. Besonders bedenklich ist dies für die Gemeinden, die durch die steigenden Lasten der Wohlfahrtsfürsorge immer stärker bedroht werden.

Die preussische Staatsregierung beschloß daher weiter, der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Gemeindegetränkesteuer in der Form einer Schankverzehrssteuer vorzuschlagen.

Sitzung des Reichskabinetts.

Minister Dietrich wiederhergestellt. — Erledigung laufender Angelegenheiten. Über die Sitzung des Reichskabinetts wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

Bei Beginn der heutigen Kabinettsitzung begrüßte der Reichskanzler Dr. Brüning den Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister Dietrich, der nach Wiederherstellung von seiner Erkrankung wieder an den Arbeiten des Kabinetts teilnahm.

Die Sitzung selber diente der Erledigung laufender Angelegenheiten.

Die Last der Wohlfahrts-erwerbslosen.

Reichstädtbund fordert ihre Übernahme durch das Reich.

Vor Beendigung seiner Tagung nahm der Hauptausschuß des Reichstädtbundes eine von dem Gesamtverband vorgelegte Entschließung an, in der es heißt: Der Gesamtverband des Reichstädtbundes nimmt mit Genugtuung von den Entlastungsmaßnahmen Kenntnis, welche die Verbesserung des preussischen Finanzausgleichs zugunsten der Gemeinden, insbesondere durch die endliche Durchführung des Volksschuldenausgleichs vorsehe. Besonders begrüßt wird die Zurverfügungstellung von Mitteln zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch das Reichskabinett.

Zugleich aber wird auf die steigende Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrts-erwerbslosen verwiesen. Die Übernahme dieser Lasten durch das Reich sei unerlässlich, wenn der finanzielle Zusammenbruch der meisten Gemeinden vermieden werden soll. In Erkenntnis der gemeinsamen Igit von Reich, Ländern und Gemeinden ist der Reichstädtbund zur Mitarbeit an einer planmäßigen Ausgabenlenkung der öffentlichen Körperschaften bereit, soweit eine solche die Erfüllung der unentbehrlichen und gemeindlichen Aufgaben gewährleistet.

Bereinheitlichung der Stempelsteuer.

Rechtsausschuß des Preussischen Landtages.

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtages nahm einen Antrag an, worin das Staatsministerium ersucht wird, mit den anderen deutschen Staaten Verhandlungen einzuleiten mit dem Ziel einer Vereinheitlichung der deutschen Stempelsteuergesetze.

Für Reform des Boden- und Mieterrechtes

Norddeutscher Mietertag in Neumünster.

Auf dem 12. Norddeutschen Mietertag in Neumünster hielt der Führer der deutschen Bodenreformbewegung, Adolf Damasko, einen Vortrag über Bodenreform und Arbeitslosigkeit. In einer Entschließung wurde auf die Bedeutung der Heimstättenbildung zur Überwindung der Arbeitslosigkeit hingewiesen. Die Unhaltbarkeit des heutigen Bodenrechts hätten die Berliner Grundstücksstände zur Genüge offenbart. Nur durch Landarbeiterheime und Siedlungen könne die Wohnungs- und Arbeitsnot in den Städten überwunden werden. Die für die Kriegesfallenen-Reichsheimkehrer vorgesehenen Mittel sollte man für

Kriegsbeschädigtenheimstätten

verwenden. In einer zweiten Entschließung wurde dagegen Verwahrung eingelegt, daß die Erhöhung der Mieten und die größere Inanspruchnahme der Hauszinssteuermittel für allgemeine Finanzzwecke Verwendung finden. In Preußen wären wiederum durch fehlerhafte Veranlagung in einem Jahr für mindestens 300 Millionen Mark Hauszinssteuer nicht abgeführt worden. Der städtische Haus- und Grundbesitz habe für etwa 700 Millionen Hypotheken nicht aufgewertet. Das Vorgehen der Regierung Brüning wende auf Kosten des deutschen Mietervolkes dem Hausbesitz durch Erhöhung des Mietzinses auf 150 Prozent neue Liebesgaben zu.

Obermusikmeister Adam und Frau der Spionage beschuldigt.

Landesverrat zugunsten Frankreichs.

Die auf dem Bahnhof in Minden in Westfalen erfolgte Verhaftung des Obermusikmeisters Paul Adam (von der 2. Abteilung des 6. Artillerieregiments) und seiner Gattin erweist sich als eine sehr ernste Angelegenheit. Adam und seine Frau, die eine geborene Lothringerin ist, werden beschuldigt, zugunsten Frankreichs Landesverrat verübt zu haben. Frau Adam soll bei ihrer Verhaftung einen größeren Geldbetrag in ihrer Handtasche gehabt haben. Sie war sieben von einer Reise, die sie nach ihrer Heimat gemacht hatte, nach ihrem Wohnort Minden zurückgekehrt und soll von ihrem Mann mit den Worten: „Hat alles geklappt?“ empfangen worden sein. In diesem Augenblick traten Kriminalbeamte an das Ehepaar heran und erklärten es für verhaftet. Beamte aus Koblenz waren der Frau während der ganzen Fahrt von der Westgrenze bis nach Minden unauffällig im Zuge gefolgt.

Das Motiv zu den schweren Verfehlungen des Ehepaars Adam soll in den mitleidigen finanziellen Verhältnissen, in denen die Familie lebte, zu suchen sein. Es scheint sicher zu sein, daß der Verdacht der Spionage gerechtfertigt ist und daß man die Spur einer ganzen Reihe von Spionagehandlungen gefunden hat.

Die Beerdigung des ermordeten Gesandten von Saligand.

Dr. Curtius spricht am Grabe.

Auf dem Münchener Südfriedhof fand die Beisetzung des in Lissabon ermordeten deutschen Gesandten Dr. von Saligand statt. Unter den Trauergästen sah man den portugiesischen Gesandten, den Reichsaußenminister Dr. Curtius, den Staatssekretär von Schubert, den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, die Witwe des verstorbenen Reichsaußenministers Dr. Stresemann, sowie Vertreter der Reichswehr und der Reichsmarine.

Am Grabe sprach nach der von einem Franziskanerpatron vollzogenen geistlichen Handlung Reichsaußenminister Dr. Curtius zugleich im Namen des Reichspräsidenten. Er hob die Verdienste Saligands, den auch die portugiesische Regierung hochgeachtet habe, hervor. Der portugiesische Gesandte in Berlin rühmte die Treue Saligands, die ihm die portugiesische Regierung erwidert habe. Die Trauerfeier schloß mit militärischer Grabsmusik.

Im Zeichen der Elektrizitätswirtschaft.

Der Fortgang der Weltkonferenz.

Der zweite Tag der Weltkonferenz war mit Fachtagungen ausgefüllt. Unter Leitung von Robert Sibley-Amerika fand die Sitzung über „Elektrizität in Industrie und Gewerbe“ statt, auf der 14 Beiträge behandelt wurden. Daneben wurden Fragen der „Brennstoff-, Kraft- und Wärmewirtschaft in einzelnen Ländern“ erledigt. Eine rege Debatte löste die Sitzung der Fachgruppe

„Weltprobleme der Energiewirtschaft“

aus, in der über den Export von elektrischer Energie nach Deutschland gesprochen wurde. Den Hauptvortrag hielt der französische Wirtschaftler Prof. D. Serruys, der neue Formen der Nationalisierung behandelte. — Im Rahmen der Weltkonferenz fand auch die Uransführung des Filmes „Das hohe Lied der Kraft“ statt.

Die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.

Deutscher Antrag in Genf angenommen.

Die Kommission für die Vereinheitlichung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau hat den deutschen Antrag, den Braunkohlenbergbau aus der zur Beratung stehenden Konvention herauszulassen, mit 24 gegen 20 Stimmen angenommen. Damit ist eine der Hauptforderungen für das Zustandekommen einer Konvention beseitigt worden. Der deutsche Antrag, der in einigen nicht sehr wesentlichen Punkten abgeändert wurde, besagt u. a., daß die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau in einem besonderen Abkommen geregelt werden wird, über das auf der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1931 zu verhandeln ist.

Die Schulgelderhöhung in Preußen.

Landtagsausschuß stimmt zu.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages stimmte der Vorlage über die Erhöhung des Schulgeldes mit einigen Änderungen, insbesondere im Interesse der Begabtenförderung, zu. Annahme fand auch ein sozialdemokratischer Antrag, wonach von dem Mehrertrag aus dem Schulgeld mindestens ein Drittel zur Begabtenförderung verwendet werden soll. Ein gleichfalls angenommener Zentrumsantrag verlangt, daß von dem Gesehentwurf nicht nur die höheren, sondern auch die Mittelschulen erfaßt werden sollen.

Die neue Regierung Danzigs.

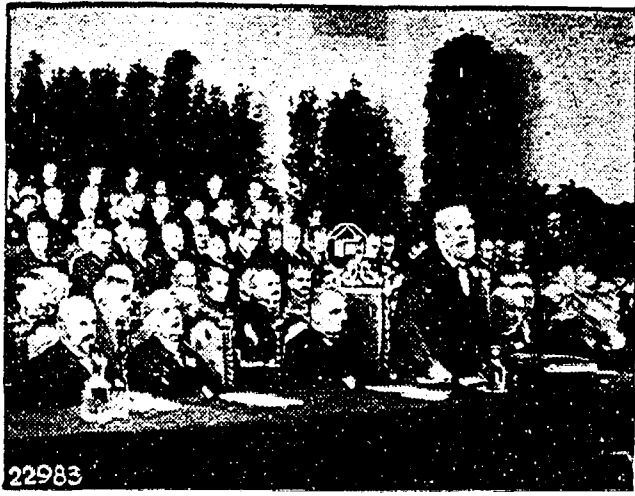
Sozialdemokratie, Zentrum und Beamtengruppe.

In der Sitzung des Danziger Volksrats wurde die neue Regierung gebildet und vereidigt. Insgesamt sind 14 nebenamtliche Senatoren gewählt worden, von denen acht der Sozialdemokratischen Partei, vier dem Zentrum und zwei der Beamtengruppe angehören. Der sozialdemokratische Vizepräsident Gehl wurde mit 72 Stimmen wiedergewählt.

Die Geschäfte der V. S. Z.

Einsetzung eines Unterausschusses.

Der Verwaltungsrat der V. S. Z. hat eine Unterkommision eingesetzt, bestehend aus Reichsbankpräsident Dr. Luther, dem Gouverneur der Bank von England Montagu Norman, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, sowie Professor Beneduce von der Bank von St. Petersburg, mit dem Auftrag, Richtlinien aufzustellen für die Geschäfte, welche nimmehr von der Bank getätigt werden sollen, insbesondere für die kurz- und langfristigen Anlagen der der Bank zur Verfügung stehenden Summen.



Die Weltkonferenz eröffnet.

Im Theateraum der Staatsoper am Platz der Republik in Berlin wurde die Weltkonferenz feierlich eröffnet. Der Präsident der Weltkonferenz, Erzellenz von Miller, bei der Ansprache.

Deutsch-rumänisches Abkommen.

Handelsvertragsverhandlungen vor dem Abschluß.

Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen stehen vor dem Abschluß. Für die nächsten Tage wird die Unterzeichnung eines provisorischen Abkommens erwartet, das vorerst Geltung bis zum 15. Dezember d. J. haben soll.

Politische Rundschau.

Berlin. Reichswirtschaftsminister Dietrich, der vier Wochen lang krankheitsbedingt außerhalb Berlins in ärztlicher Behandlung war, ist zurückgekehrt und hat die Dienstgeschäfte wieder aufgenommen.

Wien. Die erweiterte Bundesführung der Selbstschutzverbände in Leoben hat bis auf weiteres den Ingenieur Reuter aus Steiermark mit der Leitung der Geschäfte des Stabschefs der österreichischen Selbstschutzverbände betraut.

Paris. In Yen Bay in Indochina fand die Hinrichtung von dreizehn anamitischen Nationalisten statt, die im März wegen der Aufstandsbewegung zum Tode verurteilt wurden. Es handelt sich um die Führer der Aufstandsbewegung, darunter den 23jährigen Thai Hoc, der in Frankreich studiert hat und als Seele der nationalistischen Organisation galt.

Jerusalem. Drei Araber, die im Zusammenhang mit den Unruhen in Hebron zum Tode verurteilt wurden, sind durch den Strang hingerichtet worden. Aus diesem Anlaß sind alle arabischen Läden geschlossen und die Büros des Arabischen Exekutivkomitees mit schwarzen Tüchern behängt. Die Lage ist ruhig.

Washington. Das Marineministerium hat Kontratte über Lieferung von 322 Flugzeugen abgeschlossen, die mit Torpedos ausgerüstet werden sollen. Die Kosten betragen über 800 000 Dollar.

Gegen das politische Nondumtum.

Reichsjustizminister Dr. Brüder hat zur Bekämpfung des politischen Nondumtums einen Erlaß an sämtliche Landesjustizverwaltungen gerichtet. Er regt an, die Landesjustizverwaltungen sollten Gerichte und Staatsanwälte zu scharfem Vorgehen gegen das Nondumtum veranlassen, und zwar am besten durch eine Verfügung, die der hierauf bezüglichen Verfügung des preussischen Justizministers entspricht. Der preussische Justizminister Dr. Schmidt hat als erster in einem Erlaß an alle Staatsanwälte energisches Eingreifen zum Schutze der Staatsautorität gefordert. Die politischen Strafsachen sollen mit besonderer Beschleunigung durchgeführt, die Inklage während der Verhandlung energisch vertreten und auch die Strafverfolgung beschleunigt werden.

Obersachsen über Finanzprogramm und Regierungsfrage.

In einer Wahlkundgebung der Deutschnationalen Volkspartei in Dresden führte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Obersachsen, u. a. aus, beim Finanzprogramm Molderhauers handle es sich um den brutalen Versuch, ohne Rücksicht auf die soziale und familiäre Lage vom Bruttoeinkommen vier Prozent zu nehmen. Das treffe auch die Rentenpensionäre, obwohl diese 1927 bei der Besoldungsreform zurückgestellt worden seien. Der Redner erklärte, ein Eintritt in die Reichsregierung käme für die Deutschnationalen nur in Betracht, wenn zugleich eine Änderung in der preussischen Regierung erzielt werden könne. Parteien, die den Young-Plan angenommen hätten, dürften in keiner zukünftigen Regierung unter Beteiligung der Deutschnationalen führend sein.

Aus der Heimat.

▲ **Bersammlung wegen der Fischereischutzgenossenschaft.** Außer den Bersammlungen in Wriezen und Freienwalde, in denen die Fischereiberechtigten ihre Stellungnahme zur Gründung einer Oderfischereischutzgenossenschaft äußern sollen, ist jetzt auch eine weitere Bersammlung in Schwedt anberaumt worden, in der alle diejenigen erscheinen können, denen dieser Ort günstig liegt. Die Bersammlung ist am Montag, den 30. Juni, mittags 12½ Uhr im Hotel „Zum Markgrafen“.

▲ **Blasmusik.** Heute (Mittwoch) findet von abends 6 Uhr ab auf der Schloßfreiheit ein Promenadenkonzert statt, ausgeführt vom Schwedter Stadtorchester unter Leitung des Kapellmeisters Otto Herfort.

▲ **Fremdenbesuch.** In einem sechsjährigen Miesenauto kamen gestern die Mitglieder eines Berliner Gastwirtevereins nach Schwedt. Nach der Stadtbefichtigung und einer gründlichen Stärkung im Hotel „Zum Markgrafen“ fuhren die Gäste nach Ripperwiese, um auch diesem idyllischen Orte einen Besuch abzustatten.

▲ **Nicht vermist.** Auswärtige Zeitungen bringen eine Meldung, daß ein Schwedter Kaufmann, der eine Geschäftsreise nach Stolpe und Stolzenhagen gemacht hat, vermist wird. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Der Be-

treffende hat eine andere Tour genommen und konnte deshalb nicht rechtzeitig in Angermünde, wo er erwartet wurde, ein-treffen. Von einem Vermissten ist also keine Rede.

Mit einer weiteren Vermisstenangelegenheit hatte sich die hiesige Polizei zu beschäftigen. Ein Schwedter Schüler war seit gestern verschwunden und konnte trotz aller Bemühungen nicht gefunden werden. Jetzt ist er in Flemdorf er-mittelt worden.

▲ **Die ersten Frühkartoffeln.** Die ersten Frühkartoffeln aus unserer Gegend werden jetzt von Ripperwiese ver-fandt. Gestern ging die erste Ladung, etwa 50 bis 60 Kiepen, nach Stettin, wo am Bollwerk der Zentner mit 10 Mark bezahlt wurde.

▲ **Die Heuernte beginnt.** Auf unseren Wiesen ist mit dem ersten Schnitt begonnen worden. Gutes Heuwetter ist jetzt, da-mit können die Landwirte zufrieden sein. Nicht zufriedenstel-lend ist aber der schlechte Grasstand auf den Wiesen.

▲ **Auto überschlagen.** Gestern vormittag überschlug sich auf der Chaussee Schwedt-Königsberg beim Höllesfließ ein Lieferauto der Südfruchtandlung Steinhöfel, Stettin. In-folge Versagens der Steuerung fuhr das Auto gegen einen Baum, brach denselben um und streifte einen anderen Baum. Hierbei geriet es an die Böschung und überschlug sich. Mit den Rädern nach oben blieb es im Graben liegen. Beide Fahrer sind mit dem bloßen Schrecken davongekommen. Nach Anforderung eines Ersatzwagens wurde die Ladung umgeladen und der beschädigte Wagen abmontiert.

▲ **Weiterhin niedrige Wiesenpächte.** Der heute wiederum von der Stadtgemeinde Schwedt anberaumte Wiesenver-kauf war in Erzielung der Pächte ebenso ungünstig wie seine Vor-gänger. Die Pächtpreise hielten sich in dem bisherigen Rah-men, waren also bedeutend niedriger als im Vorjahre. Bei den ausgetretenen 42 Wiesen erfolgten auf 19 überhaupt keine Gebote.

▲ **Übung der Stettiner Pioniere in den Ockerand-dörfern.** Das Stettiner Pionierbataillon Nr. 2 macht in diesem Jahre wieder größere Übungen an der Oder bei Güstebiese. Während die Mannschaften mit der Bahn dorthin befördert wurden, wurde das Brückenmaterial auf dem Wasserwege dorthin geschafft. Dieser Transport ging über Schwedt und berührte unseren Ort gestern nachmittags. Die Pontons mit dem Material wurden von einem Dampfer gezogen. In Schwedt wurde für kurze Zeit angelegt.

▲ **Himmelsrakete über Schwedt.** Eine originelle Re-klamme machte gestern die Firma Perfil über Schwedt. Am wolkenlosen Firmament erschien bald nach 4 Uhr ein Flieger in außerordentlicher Höhe und zeichnete zunächst mehrere Fragezeichen durch Rauchentwicklung an den blauen Himmel. Dadurch lenkte er die Aufmerksamkeit aller Einwohner auf sich. Endlich begann er das Wort „Perfil“ in Riesen-buchstaben in den unendlichen Aetherraum zu zeichnen. Die Schrift war deutlich zu lesen, wurde aber bald durch den Wind auseinandergezogen. Der Flieger schrieb dann noch einmal das „P“, aber als der Wind dies bald wieder zer-störte, gab er das weitere Bemühen auf und flog wieder ab. Die Schrift ist in einer Höhe von beinahe 4000 Metern ge-schrieben worden. Die einzelnen Buchstaben hatten eine Größe von etwa 1500 Metern, waren also zwanzigmal so groß wie unser Kirchturn, der bis zur äußersten Spitze 75 Meter hoch ist. Die Geschwindigkeit des Flugzeuges bei diesem Schreiben ist 200 Kilometer. Die Rauchschrift wird von einem kleinen Apparat erzeugt, der am Schwanzende des Flugzeuges sitzt und in der Stunde 8000 Kubikmeter Rauch durch ein Rohr in den Aether ausströmen lassen kann.

▲ **Maul- und Klauenfenchel.** Unter dem Klauenfenchel des Gutsbesizers Carl Dorchert in Barßein ist amtstierärztlich Maul- und Klauenfenchel festgestellt worden.

Neuausbücker in bereits gesperrten Ortschaften: Ge-höfte Wolf Sprick in Lüdersdorf und Ernst Magnus in Günterberg.

Auf den Gehöften der Landwirte W. Tourbier in Mei-show und W. Müller in Senftenhütte ist die Schweinepe-st erloschen.

Nachbargebiete.

▲ **Angermünde.** Schloffermeister Kiehl hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Seit 1910 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an und war längere Zeit Vorsitzender der Bersammlung. Zuletzt gehörte er der nationalen Bürgerliste an und vertrat noch am letzten Freitag seine Überzeugung gegen die Umwandlung der städtischen Werke in eine Aktiengesellschaft, die er mit dem Beschluß der Mehrheit nicht vereinbaren zu können glaubte.

▲ **Fiddichow.** Wiesenverpachtung. Die städtischen Wiesen brachten der Stadt insgesamt 3012,50 M. Da die Oberwiesen in diesem Jahre nur sehr geringe Erträge liefern, gingen die Gebote von 1543 M. im Vorjahre auf 681,50 M. zurück. Dafür stiegen die Landwiesen auf 2331 M. gegen 1602 M. im Vorjahre.

▲ **Greifenhagen.** Ertrunken. Beim Baden an der alten Schiffshalle büßte der 20 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Mews sein Leben ein. Obwohl M. Schwimmer war, ging er plötzlich unter, wahrscheinlich hat ihn ein Herzschlag getroffen.

Provinz-Rundschau.

▲ **Rüstrin.** Moorbrand im Warthebruch. Bei Groß-Cammmin ist durch die Unachtsamkeit einiger Land-arbeiter ein Stück moorigen Landes in Brand geraten. Der Brand hatte eine Fläche von ungefähr zwei Morgen erfaßt, als man die Feuerwehr rief, um den Brandherd einzudämmen. Bei dem in Folge der anhaltenden Dürre sehr niedrigen Grundwasserstand hatte sich diese Maß-nahme als wirkungslos erwiesen, so daß der Brand zur-zeit, vom Ostwind unterstützt, immer weiter ins Bruch hineingetragen wird.

▲ **Frankfurt a. d. Oder.** Durch einen Wespenn-stich getötet. In Schermeißel wurde die Landwirtin Frau Funder von einer Wespe in den Kopf gestochen. Sie verstarb nach zwei Stunden, ehe ärztliche Hilfe herbei-gerufen werden konnte.

▲ **Brandenburg (Havel).** Unfall durch eine un-geschützte Senfe. In Gory wurde durch zwei Arbeiter, die ihre Sensen ungeschützt auf dem Rücken trugen, ein schwerer Unfall verursacht. Ein Arbeiter namens Schärf wollte die beiden mit seinem Fahrrad überholen, unterließ es aber, ein Klingelzeichen zu geben. Als einer der vor ihm hergehenden Arbeiter niemand hinter sich herkommen hörte, wollte er sich umwenden und schlug dabei Schärf die Senfe ins Gesicht. Der Unglück-liche erlitt dabei schwere Schnittwunden am Kopfe.

Neu-Ruppin. Auf der schiefen Ebene. Die Postagentin Erwig aus Dramsee hatte 5000 Mark veruntreut und erhielt dafür ein Jahr Gefängnis. Vor ihrer Verurteilung hatte sie sich von dem Mühlenseliger Erb 2800 Mark geliehen und ihren Bruder ohne dessen Wissen als Bürgen angegeben. Wegen Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug erkannte das Gericht erneut auf vier Monate Gefängnis. Beide Strafen wurden zu 16 Monaten Gefängnis zusammengezogen.

Berliner Ereignisse.

Ein schwerer Autounfall ereignete sich nachts auf der Potsdamer Straße. Eine Frau Lesser wurde getötet und drei Herren schwer verletzt. Der Wagen blieb völlig zertrümmerter liegen.

Der Wildwestreich in Tempelhof hat bisher keine Aufklärung gefunden. Die Polizei hat 500 Mark Belohnung auf die Ergreifung der Banditen ausgesetzt.

Geheimer Baurat Mag. Contag, ein Meister des deutschen Verkehrswasserbaues, Mitglied der Akademie des Bauwesens, ist im Alter von 78 Jahren verstorben. Als langjähriger Mitinhaber und Leiter der Ingenieurfirma Havenstadt u. Contag hatte der Verstorbene maßgeblichen Anteil an dem Bau einer Reihe großer Wasserstraßen und Häfen. Der Zentralverein für deutsche Binnen-Schiffahrt ehrte ihn im Jahre 1924 durch Ernennung zum korrespondierenden Mitglied.

Die drohende Verkehrserhöhung, insbesondere die Fahrpreiserhöhung für die Autobusse, hat einen Massensturm von Verkehrsanklägen der Außenbezirke zur Folge. Der verurteilte Verkehr trifft die Siedler in den Außenbezirken ganz besonders. Die bei dem Verkehrsamt einlaufenden Anträge fordern Gleichstellung der Fahrpreise für den Autobus mit dem Straßenbahnnetz zumindest überall dort, wo keine Straßenbahn verkehrt.

Die enttäuschten Bettern.

Das Urteil im Lössle-Prozess.

Im Erbschaftsprozess Lössle wurde die Klage der 86 entfernten Verwandten des verstorbenen Millionärs vom Landgericht I abgewiesen.

Da die Öffentlichkeit an diesem Prozess außerordentlich interessiert war, gab der Vorsitzende eine ausführliche Urteilsbegründung. Viele Beweise seien für die Echtheit des Testaments von den Beklagten erbracht worden. Zunächst entspreche das Testament durchaus den Absichten Albert Lössles. Lössle sei ein alter Junggeselle

gewesen, der nur fernstehende Verwandte gehabt habe, dafür aber einen umfangreichen Konzern und geschäftliche Erfolge. Es hätte nicht in seiner Absicht gelegen, sein konsolidiertes Vermögen an fernstehende Verwandte abzugeben. Seine Verbundenheit mit Frau Blaustein, die ihm die Frau ersetzt habe, und seine enge geschäftliche Zusammenarbeit mit Oppenheimer hätten in ihm den Wunsch aufkommen lassen, diesen beiden nach dem Tode das Vermögen zu hinterlassen. Seine Wirtschaftlerin, die die letzten zehn Jahre bei ihm gewesen sei, habe

erst nach seinem Tode

erfahren, daß er überhaupt Verwandte habe. Wenn er seinen ihm fernstehenden Verwandten finanziell geholfen habe, so habe er sich da nicht von seinen verwandtschaftlichen Beziehungen leiten lassen, sondern derartige finanzielle Hilfe gewährt, wie er sie einem Dritten auch gegeben hätte. Zeugen hätten während der Beweisaufnahme behauptet, daß er oftmals die Redensart gebraucht hätte:

Ich würde mich im Grabe herumdrehen,

wenn meine Verwandten von mir erben würden. Er hat sich oft dritten gegenüber dahingehend geäußert, daß ihm seine Mitarbeiter weit näher ständen als seine Verwandten und daß er eine Wahlverwandtschaft stets einem Blutsverwandtschaftsgefühl vorziehe. Dieser Reihe positiver Beweise ständen nur recht dürftige Angaben der Kläger gegenüber. Das Testament Lössles entspreche durchaus den wirklichen Verhältnissen.

Schwere Anklagen gegen die Landesanstalt Leupitz.

Eine Internierte fahrlässig getötet. — Eigenartiges Verhalten der Anstaltsleitung.

Die Staatsanwaltschaft untersucht einen kaum glaubhaften Vorfall in der Landesheilanstalt Leupitz, wo eine 19jährige harmlose Frau, die halbseitig gelähmt war, anscheinend infolge grober Fahrlässigkeit einer Pflegerin durch lachendes Badewasser tödlich verbrüht wurde.

Schäfstpeinlich berührt die Art und Weise, wie sich die Leitung der Anstalt gegenüber der Mutter der Getöteten verhielt. U. a. war zum Begräbnis überhaupt kein Vertreter der Anstalt entsandt worden. Nicht einmal ein kleiner Blumenkrantz wurde für nötig gehalten.

Änderungen im Berliner Etat.

Folgen der katastrophalen Arbeitslosigkeit.

Bis zur zweiten Lesung des Berliner Etats, die im Haushalt begonnen hat, haben sich die Ziffern nicht unwesentlich geändert. Auf der Einnahmeseite hat zwar der Haushaltsausschuß nur rund 630 000 Mark mehr eingelegt, und der Magistrat rechnet neuerdings mit 260 000 Mark Mindereinnahmen, so daß sich hier die Endsummen nur um 370 000 Mark erhöht hat. Die Ausgabenenseite hat sich dagegen sehr erheblich verändert. Der Haushaltsausschuß hat während der ersten Lesung fast zehn Millionen Mark Ausgaben gestrichen. Dem stehen aber neue Anträge des Magistrats auf Grund von notwendigen Renanforderungen gegenüber, und zwar für verschiedene Ausgaben 3,7 Millionen Mark, für die Koststandaktion (in Anbetracht der im Frühjahr noch gesteigerten Arbeitslosigkeit) weitere 15 Millionen Mark und für die Krisenfürsorge 4,5 Millionen Mark. Die Ausgaben haben sich daher von 1150 Millionen auf rund 1164 Millionen Mark vermehrt.

Eine Wahl mit Hindernissen.

Der neue Direktor des Zehlendorfer Gymnasiums.

Als Nachfolger des in den Ruhestand versetzten Oberstudiendirektors Dr. Frischer am Gymnasium in Berlin-Zehlendorf war Studientrat Dr. Hänchen gewählt worden. Die Wahl wurde aber hinterher beanstandet, weil die Beschäftigung der Bezirksversammlung beschränkt wurde. Über die Rechtslage bestanden nun einerseits zwischen dem Berliner Magistrat und dem Bezirksamt Zehlendorf, andererseits innerhalb des Zehlendorfer Bezirksamts gewisse Differenzen. Diese sind beigelegt worden. Da besonderer Wert darauf gelegt wurde, einen Altpflichtigen an der Spitze des humanistischen Gymnasiums zu sehen, so einigte man sich bei der Neuwahl auf den Studientrat Wich.

Die Unterschlagungen im Deutschen Sängerbund.

Bilanzverschleierung angeblich mit Wissen des Vorstandes erfolgt. Die großen Veruntreuungen im Deutschen Sängerbund werden am 25. und 26. Juni vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg zur Aburteilung gelangen. Der Geschäftsführer des Deutschen Sängerbundes, Gerichtsassessor a. D. Johannes Redlin, wird beschuldigt, rund 900 000 Mark des Vereinsvermögens veruntreut zu haben. Der Angeklagte bestreitet, daß er die fehlenden Gelder unterschlagen habe. Er behauptet, daß er nicht ohne Wissen des Vorstandes das Vereinsvermögen in den Bilanzen verschleiert habe. Die Vermögenswerte seien vorhanden, er habe sie in einer Briefmarkensammlung gut angelegt. Man könne ihm allenfalls

Eigenmächtigkeit bei Anlage des Vereinsvermögens zum Vorwurf machen. Redlin ist nach zehnmonatiger Untersuchungshaft durch Beschluß des Kammergerichts ohne Kaution aus der Haft entlassen worden, da er die vom Landgericht geforderte Bürgschaft von 10 000 Mark nicht aufbringen konnte. Auch ein Haftbefehl gegen Redlin wegen eines Offenbarungseidverfahrens wurde aufgehoben.

Am offenen Grab.

Zwischenfälle bei der Beerdigung des Landtagsabgeordneten Faber.

Im Anschluß an die Überführungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Faber kam es in Frankfurt a. M. Oder zu Reibereien zwischen Nationalsozialisten und den zurückkehrenden Teilnehmern des Leichenzuges. Die Polizei mußte mit dem Gummitüppel eingreifen, um die Ordnung wiederherzustellen.

Das Säuglingssterben vor der Lübecker Bürgerschaft.

Calmette will nicht persönlich erscheinen.

Die Lübecker Bürgerschaft nahm in zweiter und damit letzter Beratung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten den sozialdemokratischen Antrag auf

sofortige Suspendierung der Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes

an. Die Sozialdemokraten erhoben ferner gegen den Oberstaatsanwalt schwere Angriffe. Dieser hätte ihrer Ansicht nach längst eingreifen müssen. Der Senatsvertreter, Senator Ehrlein, teilte mit, daß Prof. Calmette in einem Schreiben an Professor Lange es aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt habe, nach Lübeck oder nach Berlin zu kommen. Calmette habe auch die Entsendung eines Mitarbeiters für nicht zweckmäßig gehalten, da er das volle Vertrauen habe, daß sich die Untersuchungen bei den beiden Professoren Lange in den besten Händen befänden. Schließlich habe Professor Calmette erwähnt, daß jetzt noch täglich in Frankreich 3000 Kinder mit seinem Schutzstoff gefüttert würden, ohne daß sich irgendwelche Schäden zeigten. Der Senator rechtfertigte dann die Haltung des Oberstaatsanwalts und erwähnte, daß das Disziplinarverfahren gegen Dr. Alstedt bereits schwebte. Der Senatsvertreter gab zu, daß in zwei bis drei Fällen, obwohl die Fütterung offiziell eingestellt war, noch nach dem 26. April Calmette-Schutzstoff abgegeben und verfüttert worden sei. Diese Angelegenheit werde augenblicklich noch untersucht.

Inzwischen ist in Lübeck wieder ein mit dem Calmette-Schutzstoff behandelter Säugling gestorben, so daß die Gesamtzahl der Todesopfer jetzt 40 beträgt.

Schweizfahrt des „Graf Zeppelin“.

Die Passagiere waren begeistert.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat die schon beinahe übliche Fahrtroute zurückgelegt: Schaffhausen, Lausanne, Genf, Zürich, Norschach und das Rheintal entlang bis Dornbirn. Über Zürich wurde ein Postfach abgeworfen. Die Fahrt war sehr gut, so daß sich sämtliche Passagiere über die Fahrt begeistert äußerten. Gegen fünf Uhr traf das Luftschiff wieder in Friedrichshafen ein und unternahm, nachdem es einige Schleifen über der Stadt gezogen hatte, noch eine Fahrt über den Bodensee.

Schauflüge des „G. 38“ in Le Bourget.

Das Flugzeug der Sunlerz-Werke „G. 38“ hat heute nachmittag auf dem Flugplatz Le Bourget Schauflüge veranstaltet. U. a. wohnte der Generalsekretär des Luftfahrtministeriums der Veranstaltung bei.

Welt und Wissen

v. Johannes Tews wird siebzig Jahre alt. Der weltbekannte Schulmann und pädagogische Schriftsteller Johannes Tews vollendet am 19. Juni das 70. Lebensjahr. Sein Geburtsort ist Heinrichsfelde bei Dramburg. Viele Jahre wirkte er als Volksschullehrer; jetzt lebt er in Berlin als Geschäftsführer der Gesellschaft für Volksbildung. Tews hat sich durch sein Wirken, in erster Linie durch seine Schriften um das Schulwesen, um die Volksbildung, die gewerblichen Fortbildungsschulen, die Volksbibliotheken usw. wirkliche Verdienste erworben. Mit ganz besonderem Eifer suchte er die moderne Mädchenziehung umzugestalten und zu vertiefen. Er schrieb über Volksbibliotheken auf dem Lande und über Volksummerhaltungsabende, über Schulvorlagen und Großstadterziehung, über die Einheitschule und die Simultanschule und trat mit großem Eifer für einen einheitlichen Lehrplan ein. Unter dem Titel „Aus Arbeit und Leben“ hat er Erinnerungen veröffentlicht.

Sport.

Sp. Der 70. Geburtstag der Deutschen Turnerschaft wurde am Dienstag, den 17. Juni, mit einer schlichten Feier in der Deutschen Turnschule begangen. Staatsminister a. D. Dominicus, der Vorsitzende der D. T., hielt dabei die Festrede.

Sp. Der 24. Deutsche Luftfahrertag beginnt am Freitag, den 22. Juni, in Rassel. Die Reihe der Veranstaltungen wird mit einer Fliegerwiedersehensfeier des „Ringes deutscher Flieger“ eingeleitet. Ausschüßungen bereiten dann die Mitgliederversammlung am 22. Juni vor. Für den Sonntagmorgen ist ein Segelflugtag geplant. Den Abschluß bildet ein Festabend in der Kasseler Stadthalle.

Sp. Radrennen. Bei dem Radrennen Stettin-Frenzlau-Schwedt-Stettin am vergangenen Sonntag, bei dem die Gau-meisterchaft des Gauces Stettin im Bund Deutscher Radfahrer ausgefahren wurde, ging Orłowski (Schwedt) 55 Minuten nach dem Sieger durchs Ziel und erhält somit eine Anerkennung, die alle Fahrer bekommen, die eine Stunde nach dem Ersten eintreffen. Strich (Schwedt) fuhr 65 Minuten länger als der Sieger.

Weltmeister Richard siegt.

Radrennen in der Rütli-Arena.

Sieger im Großen Preis von Berlin wurde Weltmeister Richard vor Engel. Im wiederholten Endlauf der Zweiten siegte Deszmella sehr knapp vor Ehmer.

Der Sommer beginnt.

Da werden Sie aber lachen: am 22. Juni beginnt der Sommer. So steht das im Kalender geschrieben. Man könnte vielleicht schüchtern einwenden, daß die Jahreszeit sommerlicher, als sie jetzt ist, auch am 22. Juni nicht mehr werden kann. Aber Ordnung muß sein und deshalb eben läßt der Kalender den Sommer an einem genau festgesetzten Tage anfangen. Dieser Tag ist außerdem noch der längste, den wir haben. Die Stunde rinnt auch durch den längsten Tag, so könnte man ein bekanntes Dichtervort variieren. Auch der längste Tag wird vorübergehen, und ein paar Tage später schon werden wir bedauern, daß er vorbei ist. Denn wenn die Tage dann auch nur um wenige Minuten länger werden, so ist es uns doch so, als wenn wir nur noch fünf Minuten vom Herbst entfernt wären. Aber natürlich ist das nicht so, und es wird tatsächlich Sommer, sagen wir vorsichtigerweise: astronomischer Sommer. Dieser umfaßt die Zeit zwischen dem längsten Tag und der darauffolgenden Nachtgleiche, zwischen dem 22. Juni und dem 23. September. Unser Sommer fällt in die Zeit der Sonnenferne, das soll heißen, daß die Erde von der Sonne im Sommer weiter entfernt ist als im Winter. Ja, aber worher dann die Sommerwärme? Das ist ganz einfach: die Strahlen der Sonne wirken jetzt ungleich kräftiger als im Winter, weil sie in steilerer Richtung auf die nördliche Halbkugel fallen, und weil die Sonne im Sommer viel früher auf- und viel später untergeht als im Winter, so daß ihre wärmenden Strahlen längere Zeit hindurch wirken können. Aber die Körper geben sich noch nicht zufrieden. „Warum“, sagen sie, „haben wir die größte Hitze nicht zur Zeit der Sommerwende, wenn die Sonne des Mittags am höchsten steht, sondern erst im Juli und August, wenn sie ihren Höhepunkt bereits überschritten hat?“ Nun könnte man ja erwidern, daß uns mindestens diesmal die Tage vor der Sommerwende eine ganz achtbare Hitze gebracht haben, aber das würde vielleicht als Ausnahme bezeichnet werden. Also erklären wir wissenschaftlich: Der Grund für die größere Hitze im Juli und August liegt darin, daß die Sonne dann schon länger den Erdboden erwärmt hat, so daß die Luft auch aus der Volgenreich nicht mehr so kalt zu uns kommt. Die Meteorologen nennen diese heißeste Zeit des Jahres den meteorologischen Sommer. Und nun mag der Sommer offiziell beginnen!

Letzte Nachrichten.

Abrißung!

Paris. Die französische Regierung will einen Zusatzkredit von einer Milliarde Frank für die nationale Verteidigung bei der Kammer beantragen.

Dauerung des Unterhauses.

London. Das gestern nachmittag zusammengetretene Unterhaus war um 1/2 Uhr morgens noch immer versammelt. Ein Ende der Sitzung ist noch nicht abzusehen, da Snowden verlangt, daß noch 9 1/2 Klauseln der Finanzbill erledigt werden, bevor sich das Haus vertagt.

Der polnische Senat wieder vertagt.

Warschau. Der polnische Staatspräsident hat die für Montag anberaumte Senatsitzung um einen Monat vertagt. Man nimmt an, daß auch die Tagung des polnischen Sejms verschoben werden wird.

Keine Waffen an Rußland.

New York. Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, daß jegliche Lieferungen von Waffen und Munition an Sowjetrußland bereits seit sechs Monaten streng verboten sind.

Wieder ein Todesopfer in Lübeck.

Lübeck. Da in der letzten Nacht wiederum ein Säugling verstorben ist, erhöht sich die Todesziffer auf 41.

Hebung des Panzerkreuzers „Hindenburg“?

London. Heute wird ein neuer Versuch unternommen werden, den in Scapa Flow am 21. Juni 1919 versenkten deutschen Panzerkreuzer „Hindenburg“ zu heben.

Dauernd politische Zusammenstöße.

Berlin. In der vergangenen Nacht hatten in Reinickendorf-Ost an der Autobusstation etwa 15 Personen, die anscheinend der nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörten, im Wagen Platz genommen. Nachdem sich das Fahrzeug in Bewegung gesetzt hatte, wurden von an der Haltestelle stehenden Leuten acht Revolverschläge auf den Autobus abgegeben, wobei drei Fahrgäste schwere Verletzungen erlitten. Die Täter entkamen ungestraft.

Weiteres Opfer von Groß-Kreuz.

Brandenburg a. H. Der bei dem Feuergefecht bei Groß-Kreuz am Himmelfahrtstage schwer verletzte Oberlandjäger ist heute morgen seinen Verletzungen erlegen.

Tirolfahrt des Zeppelin.

Friedrichshafen. Der „Graf Zeppelin“ ist um 4.17 Uhr zur Charterfahrt des Automobilclubs Vorarlberg aufgeflogen. An Bord befinden sich 35 Mitglieder des österreichischen Automobilclubs.

2000 Kinder vom Sonnenstich befallen.

Barcelona. Bei einer religiösen Kinderprozession sind 2000 Kinder infolge Sonnenstichs benüßlos geworden. Der Zustand von neun Kindern soll hoffnungslos sein.

Weißer Zähne

machen jedes Antlitz ansprechend und schön. Da schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste erzielen Sie einen wunderbaren Glanz der Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konzipierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschiff. Gaudende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden reslos damit beseitigt. — Chlorodont: Zahnpaste, Mundwasser, Zahnbürste Einzelpreis je 1 Mk., in bekannter blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Bekanntmachung.

Frankfurt (Oder), den 14. Juni 1930.
 Mit Rücksicht auf die mir mitgeteilte günstigere Lage des Wohnortes vieler Fischereiberechtigter zu Schwedt a. O. habe ich für diese in meiner Bekanntmachung vom 1. Juni d. J. nach Wriezener und Freienwalde berufenen Fischereiberechtigten eine weitere Versammlung in Schwedt a. Oder im Hotel „Zum Markgrafen“ auf den 30. Juni d. J., mittags 12 1/2 Uhr anberaumt.
 Ich bitte daher alle die Fischereiberechtigten, deren Weg nach Schwedt a. O. günstiger liegt, dort zu erscheinen.
 Der vom Regierungspräsidenten ernannte Leiter des Verfahrens zur Bildung einer Oberfischerei-Schutzgenossenschaft.
 gez. Dr. von Chappuis,
 Regierungsrat.

Veröffentlicht.
 Schwedt a. O., den 18. Juni 1930.
 Die Polizei-Verwaltung.
 gez. Wagemann.

Katholische Volksschule.

Da für die Wahl zum Elternbeirat nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist, sind gewählt:
 1. Kaufmann Alfred Luedtke,
 2. Frau Ida Lefèvre,
 3. Kaufmann Joh. Lausch,
 4. Lehrer Anton Grunwald,
 5. Frau Toni Giesen.
 Schwedt (Oder), den 18. Juni 1930.
 Der Wahlvorstand.

Bekanntmachung.

Um der ländlichen Bevölkerung den Wert und die Bedeutung der Unfallverhütungsvorschriften der Brandenburgischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft besonders zum Bewußtsein zu bringen, ist ein Büchlein.

„Wegweiser für Unfallverhütung in der Landwirtschaft“ herausgegeben. Preis 20 Pf. für das Stück.
 Die Magistrate und die Herren Gemeindevorsteher des Kreises werden ersucht, dies nach Möglichkeit zur Kenntnis der Landwirte zu bringen und Bestellungen gegebenenfalls gesammelt bis zum 1. Juli 1930 hier aufzugeben.
 Angermünde, den 10. Juni 1930.
 Der Vorsitzende des Kreisamtschusses.
 Veröffentlicht.
 Schwedt, den 17. Juni 1930.
 Der Magistrat.
 Wagemann.

Ortsauschuß Schwedt des N. D. G. V. Sitzung

Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr bei Wille, Rieger Straße 15. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Delegierten dringend notwendig.
 Der Vorstand.

Jetzt ist es Zeit
 an die Reinigung der Betten zu denken. Bettfedern-Reinigung erfolgt täglich. Reinigung per Pfund 0,30 Mark. Die Betten werden auf Wunsch abgeholt und am gleichen Tage wieder zugestellt.
Gebrüder Ortmeier.

Achtung! Ausschneiden! Stadtbombus Schwedt.

Nach Niederkränig ab Markt.						
Vormittags:	6.20	8.56 S				
Nachmittags:	12.10	1.22 S	2.15	3.36	4.13	5.10 S
			5.57	6.59	7.49 S	
Ab Niederkränig Kaiser-Friedrich-Garten und Oberbrücke.						
Vormittags:	6.30	9.10 S				
Nachmittags:	12.22	1.33 S	2.30	3.48	4.28	5.20 S
			6.20	7.13	8.04 S	
Nach Monplaisir ab Schloß.						
Nachmittags:	1.50 S	2.43	3.13			
Zurück:	2.00 S	2.58	3.26	5.49	6.48	7.39 S
Zu den Zügen						
Vormittags:	7.30	8.47 S	11.48	von den Haltestellen.		
Nachmittags:	1.48 S	4.07	4.46			
Zur Badeanstalt.						
Vormittags:	9.30	11.15	ab Markt.			
Zurück:	9.40	11.30	ab Badeanstalt.			
Nachmittags:	1.50	4.50	ab Markt.			
Zurück:	2.00	5.00	ab Badeanstalt.			

Um pünktliche Innehaltung wird gebeten.
 S = nur Sonntags. Fahrplan unverbindlich.
 Anfragen bitte zu richten an
 Chauffeur Groger, Oderstraße 6.

Schlachte Freitag ein Schwein
 und verkaufe das Pfd. zu 90 Pfennig von 6 Uhr abends ab.
 August Groth, Schützenstraße 17.

Ausnahmepreis
la Rohschmalz,
 amerik., garantiert rein, Pfd. 65 Pf.
Rudolf Lück.

Elbinger Weide-Käse,
 hoher Fettgehalt, Pfund 1,20 Mark.
Neue Matjes-Heringe,
 Stück 0,20 Mark.
Wachs in Scheiben,
 1/4 Pfund 0,40 Mark.
Mahonmaße, Iose,
 1/4 Pfund 0,45 Mark.
E. E. Köppen Nachf.

PrimaSpeise- u. Sutterkartoffeln
 am Donnerstag ab Bahnhof sehr preiswert zu haben
Devantier, Fernspr. 69.

Dankagung.
Thias, Gicht- und Rheumatismus-Kranken
 teile ich gern gegen 15 Pfennig Rückporto sonst kostenfrei mit, wie ich vor vier Jahren von meinem schweren Thias- und Rheumatismus in ganz kurzer Zeit befreit wurde.
 Stieling, Kantinenpächter, Gärtn.-H. Nr. 452.

Schützenhaus. Walzer-Abend.

Meine Wohnung
 befindet sich jetzt Filtenberg 10 (im Hause Sürges Nachfolger).
 Walter Prochnow, Maler.

Hüte, Mützen
 zu soliden Preisen in größter Auswahl empfiehlt
Karl Albrecht,
 Am Markt 5.

In drei Tagen
Nicht raucher.
 Auskunft kostenlos.
 Samitas-Depot, Halle a. S. 231 J.

Sommer-Sprossen
 auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das echte unschädliche Zeintverfärbungsmittel „Sensus“, Stärke B, beseitigt. Keine Schälfur. Preis 2,75 Mark.
 Gegen Pökel, Mitterer Stärke A. Schloß-Drogerie Max Welz, Berliner Straße 3.

Stühle
 werden geflochten.
M. Mundt-Jaeger,
 Berliner Allee 20 (bei Braud).
 Auf Wunsch Abholung.
N. S. U.,
 komplett mit Lampe und Tachometer für 240 Mark veräußert.
 Breitenbach, Orlowen.

Bierraden.



Statt Karten.

Am Mittwoch, den 18. Juni entschlief sanft nach längerem, mit Geduld ertragenem schweren Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Groß- und Schwiegervater, der Schuldieners

August Rätzel

im 69. Lebensjahre.
 Um stilles Beileid bitten:

Wilhelmine Rätzel und Kinder.

Vierraden, den 18. Juni 1930.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 21. Juni, 2 Uhr nachmittags vom Trauerhause aus statt.

Nachruf.

Heute früh verstarb der städtische Schuldieners,

Herr August Rätzel.

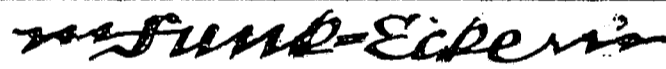
Ueber 25 Jahre hat der Heimgegangene der Stadt in vorbildlicher Treue gedient und erfreute sich besonderer Wertschätzung. Wir werden ihm ein bleibendes Andenken über das Grab hinaus bewahren.

Vierraden, den 18. Juni 1930.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten-Versammlung.
 Handt, Mundt,
 Bürgermeister. Stadtverordneten-Vorsteher.

Nur für Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reichillustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine Postkarte an den Verlag Berlin N24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft



Donnerstag, 19. Juni.
 Berlin W. Belle 418. — Berlin O. Magdeburg, Stettin Belle 283.

9.00: Lehrer Alfred Schentscher: Ströme unter Berlin. Die Pumpstation Schöneberg. * 10.20: Dr. J. Steinberg: Die russische Revolutionärin. * 11.40: Friedrich Stach: Johannes Teub, ein Volksheld u. Volksheldner (geb. 19. Juni 1860). * 12.05: Konzert. Schubert-Quartett: Therese Pechlo-Schubert (A. Violine), Gertrud Walter-Rurau (2. Violine), Jaga Stein (Viola), Lore Wintler (Cello), Frigard Sturz (Sopran). Am Flügel: Julius Bürger. * 17.30: Jugendstunde (Sport). * 18.00: Prof. Dr. Fris Jadow: Bevölkerungspolitische Betrachtungen. * 18.30: Georg Eugen Richter: Fabriken durch märkische Buchenwälder. * 19.00: Harmonistria. Harmonistria des Meereshold-Theaters. Martorow-Kuznizow-Woplow * 19.30: Jüngste Lyrik: Fris Wid: Sprecher: Fränze Holoff. * 19.40: Unterhaltungsmusik. Kapelle Alfred Brog. * 20.40: Aus der Staatl. Akademie der Hochschule für Musik: (Rundfunkversuchsstelle). Bauernlieder von Igor Strawinsky. * 20.45: Wovon man spricht. * 21.15: Große Messe in D-Moll (Missa-Missa) für Solostimmen, Chor, Orchester und Orgel von Joseph Haydn.

Deutsche Welle 1635.
 9.00-9.25: Ströme unter Berlin: Die Pumpstation Schöneberg. * 10.00-10.25: Gartenschulleiter H. Hühne: Sommerarbeiten im Schulgarten. * 10.35-10.45: Mitteilungen des Verbandes der Preuß. Landgemeinden. * 15.00-15.30 aus München: Deutsch für Ausländer. * 16.00-16.30: Unterhaltungsmusik aus Hamburg. * 16.30-17.30: Nachmittagskonzert Berlin. * 17.30-17.55: H. Zimmermann: Naumlechte auf Wanderungen. * 17.55-18.20: Landeshauptmann Dr. Caspari: Das Ostprogramm. * 18.20-18.40: Prof. Dr. Houben: Heinrich Heine und sein Denkmal. * 18.40-19.05: Prof. Dr. Zumpert: Die wirtschaftliche Bedeutung der Meeresströmungen. * 19.05 bis 19.30: Spanisch für Fortgeschrittene. * 19.30-19.50: Major a. D. Conze: Kann die Karpsenproduktion mit Nutzen durch Kleinenteiche als Nebenbetrieb der Landwirtschaft gefördert werden? * 20.00: Konzert. Gisela Springer (Sängerin). * 20.40 aus der Staatl. Akademie der Hochschule für Musik: Bauernlieder von J. Strawinsky. Chöre: M. Albrecht. * 20.45: Wovon man spricht. * 21.15: Unterhaltungsmusik der Kapelle Emil Rodsz. * Danach bis 0.30: Tanzmusik.

Wasserstand.

Oder bei Schwedt:				
Brücke	am 16. 0,26	17. 0,08	18. -0,00	
Schleufe, Ostober	am 16. 0,24	17. 0,12	18. 0,04	
Schleufe, Westober	am 16. 0,18	17. 0,04	18. -0,06	

Wetterdienst.
 Wettervorhersage für Donnerstag: Leichte Winde, trocken, warm.

Verkaufe sofort gut gehaltene Möbel und Wirtschaftssachen.
 Quasdorf, Paradeplatz 2.

Längerehne, Schloßwiesen
 verpackt Gustav Kohl.

Mieglitzwiese Nr. 3,
 ca. 8 Morgen, verp. Ernst Schärpke.

Die Kahlmorgentwiese 17
 zu verp. H. Schultze, Schloßfreiheit 12.

Element, Krinkenbruch, Heuzug und Schloßwiese
 verpackt D. Rochlitz, Rieg 22.

Im Auftrage meines Vaters verpachte noch:
Mieglitzwiese . . . 1,46 ha,
Sandrehne . . . 0,96,23 ha.
 W. Fürstenberg, Bienenallee 7.

Vogelhang und Schloßwiese
 verpackt Grüte, Bienenallee 9.

Junge Kuh
 mit Kalb hat zu verkaufen
 Franz Zegla, Vierraden, Neue Str. 13.

Hochtragende Kuh
 verkauft Karl Müller, Heinersdorf.

Spanfertel
 verkauft Otto Habermann, Heinersdorf.

Schwarz-weiß. Käskchen,
 sehr hübsch und anhänglich, zu verkaufen, nur an Tierfreunde.
 Tierfängerverein.

Eine Grube Dung
 zu verkaufen Rudolf Lück.

Giesen-Ecke



Heiße Tage, Große Plage. Gasherd ins Haus, Plage ist aus! Gasherde — Gaskocher.

Rededuell Wirth-Frid

Für und wider Thüringen.

Bärm im Reichstag.

Berlin, 17. Juni.

Der Reichstag setzte am Dienstag die Aussprache über den Etat des Reichsinnenministeriums fort. In der Debatte spielte die Frage Thüringens wieder eine große Rolle. Die Debatte wurde gewürzt durch ein Rededuell zwischen dem thüringischen Innenminister Dr. Frid, der bekanntlich auch nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ist, und dem Reichsinnenminister Dr. Wirth. Als Dr. Frid die Rednertribüne betrat, füllte sich der Saal und es ging während seiner Ausführungen zeitweilig sehr stürmisch zu. Während der Lärmphasen hagelte es Ordnungsrufe und der nationalsozialistische Abgeordnete Göbbels wurde vom Reichstagspräsidenten aus dem Saale gewiesen. Die Rede Dr. Wirths nahm das Haus ruhig entgegen, und sobald das Rededuell beendet war, ließ das Interesse der Abgeordneten an den Verhandlungen stark nach.

Sitzungsbericht.

Berlin, 17. Juni.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums

wird fortgesetzt. Abg. von Kardorff (D. Sp.) bespricht zunächst die Lage des höheren Schulwesens und warnt davor, ein stellenloses akademisch gebildetes Proletariat heranzuzüchten. Im Konflikt mit Thüringen billigte der Redner das Vorgehen des Ministers. Er habe schon früher bedauert, daß er in der thüringischen Regierung auch seine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft sehe. Nationalsozialisten gehörten nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht in leitende Beamtenposten. (Abg. Stöhr [Nat.-Soz.] erhält wegen unparlamentarischer Zurschneidung zwei Ordnungsrufe.) Der Frische Erlaß wegen der Schulgebühren sei eine Blasphemie. (Große Lärme bei den Nationalsozialisten. Ihr Abgeordneter Stöhr wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er ruft: Das ist zum Kochen!) Im Zusammenhang mit dem Konflikt mit Thüringen betont der Redner die

Notwendigkeit der Beschleunigung der Reichsreform,

die mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten Schluß macht. Die Uniformverbote seien zu begründen, die Durchführung des Waffensperrens müsse noch energischer erfolgen als bisher. Bei der Wahlreform halte die Deutsche Volkspartei an der Verhältniswahl fest. Eine Reichstagsauflösung werde hoffentlich vermieden werden. Sie wäre zu vergleichen mit Selbstmord aus Angst vor dem Tode,

denn der aus den Neuwahlen hervorgehende Reichstag würde auch nicht arbeitsfähig sein. Das Kopfschütteln lehne die Deutsche Volkspartei ab.

Abg. Drewny (Wirtschaftspartei) führt aus, die Wirtschaftspartei sei immer bestrebt gewesen, an der Gesetzgebung positiv mitzuarbeiten. Diese Mitarbeit sei ihr aber von den alten Parteien immer erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden. Bedauerlich sei es, daß man jetzt von Notopfer und Reichshilfe spreche, statt das Kind beim rechten Namen zu nennen. Die

Anturbelung der Wirtschaft

dürfe nicht mit Lohnabbau beginnen, sondern mit einem Abbau der Verschwendung. Der Redner beantwortet den Antrag seiner Partei, das Wahlalter auf 24 Jahre heranzuziehen. Der Redner fordert schließliche energische Ausgabenbeschränkung, wozu auch eine Änderung des Besoldungsgesetzes, Vorgehen gegen die hohen Pensionen, die übermäßig hohen Gehälter und den Unflug der Ministerialzulagen sowie Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten gehören.

Abg. D. Mumm (Dm. Arbeitsgem.) bedauert die Zuspitzung des Konflikts in Thüringen. Zur Frage der Schulgebühren erklärt er, daß einige nicht zu beanstanden seien, andere aber mit dem Geist der christlichen Religion nicht vereinbar seien.

Der Abg. trat weiter für das Schulgesetz ein, das aus finanziellen Gründen nicht verzögert werden dürfe. Hinsichtlich des Stahlhelmsperrens hofft der Redner, auf dem Wege ruhiger Verhandlungen zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

Abg. Leicht (B. Sp.) schloß sich in der Frage des Konflikts mit Thüringen der Auffassung des Abg. von Kardorff an. In kirchliche Gebete dürfe eine politische Partei nicht hineinreden. Man dürfe auch nicht die Beurteilung einer ganzen Gruppe von Volksgenossen in die Gebete einschleichen. Das Uniformverbot müsse allgemein durchgeführt werden und nicht einseitig.

Abg. Dr. Kütz (Dem.) stimmt der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Gebete mit politischer Tendenz seien vom religiösen Standpunkt aus das Widersichtige, was es geben könne. Für die Reichsreform hielten die Demokraten nach wie vor an der Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Soz.)

führte aus, der Kampf gegen Thüringen habe groteske Formen angenommen. Die richtige Antwort auf die Sperrung der Polizeizuschüsse wäre es,

den thüringischen Finanzämtern die Ablieferung der Gelder an das Reich zu unterlagen.

(Großes Gelächter links.) Die Verantwortlichkeit der Polizei habe in der Folge die Befestigung einiger Stellen notwendig gemacht. Die thüringische Regierung habe dabei nicht das preussische Beispiel übernommen, verdiente Parteigenossen an die Spitze zu bringen, sondern Verwaltungsbeamte vorgeschlagen, die den allgemeinen Beschäftigungsnachweis erbracht hätten. (Lärm und Zurufe von links.) Das Vorgehen des Innenministers widerspreche der Verfassung. Der unpolitische Charakter der Polizei sei in Thüringen durchaus gewahrt. Es sei überhaupt Unfug, daß Nationalsozialisten nicht Polizeibeamte sein dürften, wenn sogar der oberste Chef der Polizei Nationalsozialist sei. Wenn man schon ein Ausnahmerecht schaffen wolle, müsse man zunächst dafür sorgen, daß er von seinem Amt als Innenminister entfernt werde. (Lärmende Zustimmung von links.) - Abg. Dreher (Nat.-Soz.), der in Thüringen die Geschäftsführung des Präsidenten kritisiert, wird vom viermaligen zur Ordnung gerufen und aus dem Saal gewiesen. Lärm bei den Nationalsozialisten. Abg. Göbbels erhält mehrere Ordnungsrufe. Schließlich wird auch er vom Präsidenten aus dem Saal gewiesen. Der Redner erklärte dann weiter, daß durch die Empfehlung der Schulgebühren die verfassungsmäßige Gewissensfreiheit nicht eingesenkt worden sei. Voraussetzung für den Wiederaufbau wäre die religiös-sittliche Erneuerung. Er habe, so erklärte der Redner zum Schluß, den Eid auf die Reichsverfassung und die thüringische Staatsverfassung geleistet, aber er habe nicht geschworen, in Weimar Berliner Politik zu machen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

antwortete darauf, daß Dr. Frid in seiner Erläuterungen klar gesagt habe, daß der in den Gebeten erhobene Vorwurf des Verrats sich gegen die Juden richten soll. Er weise diesen Vorwurf zurück. Niemand sei berechtigt, einen Volksteil in Deutschland von vornherein ob seiner Art zu diffamieren. Das ist der Kern unseres staatlichen Lebens, daß jeder Staatsbürger in seiner Ehre, Würde und Freiheit geschützt wird. (Beifall.) Die von Dr. Frid empfohlenen Schulgebühren sind in den Gutachten hervorragender evangelischer Theologen abgelehnt worden, auch von dem jüngst verstorbenen großen Theologen Harnack. Ein evangelischer Theologe habe in seinem Gutachten erklärt, wenn in Fricks Gebeten die Strafe Gottes für das Unrecht anderer erleidet werde, so sei das nicht evangelisch, sondern zeige einen starken Anflug an die Lehren des Arianismus.

Abg. Frick (Soz.) nannte die Rede des Abg. Dr. Frid eine einzige Provokation gegenüber der Sozialdemokratie. Was in Thüringen geschehe, sei der Anfang des Faschismus. Nicht die Vertreter des thüringischen Volks ernennen die Beamten, sondern Herr Hitler. Dr. Frid habe die Verbindung mit französischen Agenten hergestellt, deren Ziel die Losreißung der Rheinlande war. Zu diesem Hochverräter habe er kein Vertrauen.

Frau Abg. Neuhaus (Ztr.) forderte dann in kurzen Ausführungen die Verbesserung der stücklichen Zustände in den Großstädten.

Abg. Dr. Neuhauer (Komm.) erklärte, bei dem Kampf zwischen Reich und Thüringen handele es sich in Wahrheit nicht um Polizeifragen, sondern um die Schaffung eines mitteleuropäischen Faschistenbunds.

Abg. Crispian (Soz.) führte Beschwerde darüber, daß eine Abspaltung der Minister des sozialistischen Kulturbundes durch Mundfunk in letzter Stunde verboten worden sei. Das sei eine einseitige Handhabung des Mundfunks durch gewisse Regierungsstellen, der sofort ein Ende gemacht werden müsse.

Abg. Fesold (Wirtschaftspartei) begründete einen Antrag seiner Fraktion, den gesamten Haushalt des Innenministeriums um fünf Prozent zu kürzen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erwidert dem Abg. Crispian, die Richtlinien für den Mundfunk, auf die sich die Nichtzulassung der Ministerübertragung stütze, seien 1927 vom Reichsinnenminister von Seudell gemeinsam mit dem preussischen Ministerpräsidenten Braun ausgearbeitet und vom Reichsinnenminister Severing bestätigt worden. Es werde geprüft werden, ob die Bestimmungen für die Abspaltung Kulturpolitischer Veranstaltungen geändert werden müssen. Weiter beschäftigte sich der Minister mit der Frage der Beamtenbeteiligung am Volksbegehren und führte aus, eine preussische Ministerpräsident habe in dem Streit über die Beamtenbeteiligung am Volksbegehren erklärt, daß es ihm fern gelegen habe, die Autorität des Staatsgerichtshofs herabsetzen zu wollen. Er habe lediglich seine persönliche Rechtsauffassung zum Ausdruck gebracht.

Abg. Schrad-Mielefeld (Soz.) verlangte die Forderung der Jugendsporibewegung und beantragte die Erhöhung der Mittel zur Förderung des Turn- und Sportwesens.

Danach vertagte das Haus die Fortsetzung der Debatte über den Inneneintrag auf Mittwoch.

Reichsstädtebundtagung in Leipzig.

Finanzausgleich und Selbstverwaltung der mittleren und kleinen Städte.

Der Reichsstädtebund, dem etwa 1500 Städte mit nahezu zehn Millionen Einwohnern angehören, hat in diesem Jahre aus Sparmaßregeln an Stelle einer Mitgliederversammlung nur den Gesamtverband und den Hauptauschuss nach Leipzig einberufen. Nach einem festlichen Empfang durch den Rat der Stadt Leipzig wurde die Tagung durch den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Weitzel-Giltenburg, eröffnet. Er dankte dem nun bestreiten Meinland für sein treues Durchhalten. Darauf überbrachten Ministerialrat Dr. Pulvermann vom Reichsinnenministerium und die Grüße der Reichsregierung und Oberregierungsrat Dr. Schmidt vom sächsischen Ministerium des Innern und für Volksbildung die sächsischen Regierung. Oberregierungsrat Dr. Schmidt führte im besonderen noch aus, daß die Fragen der Neuregelung im Gemeinwesen in Sachsen im wesentlichen schon seit 1924 gelöst seien. Daraus sprach

der preussische Innenminister Professor Wäntig.

Nachdem er auf den bedrohlichen Ernst der Wirtschaftslage hingewiesen hatte, wandte er sich gegen die Vorwürfe, die heute vielfach gegen die Selbstverwaltung erhoben würden. Er habe den Eindruck, daß dabei allzu leicht vergessen wird, wie auch die Schwierigkeiten der kommunalen Verwaltungsgeldbeide letzten Endes auf die Reich, Staat und Gemeinden gleichmäßig bedrückende Last zurückzuführen sind, die als Folge des Kriegsausganges zu betrachten ist. Die Gestaltung des künftigen Finanzausgleichs sei für die Städte von außerordentlicher Bedeutung.

Anschließend sprach Ministerialdirektor Li. von Leyden, Berlin, über das Thema „Der künftige Finanz- und Lastenausgleich“. Das Gesamtproblem eines Finanz- und Lastenausgleichs, so betonte der Vortragende u. a., bedeute

eine richtige Verteilung der Ausgaben und Einnahmen zwischen den verschiedenen Trägern der öffentlichen Verwaltung.

Ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen in den Etats der Gemeinden sei mindestens seit 1929 nicht mehr vorhanden. Für 1929 wird allein der Ausgabenbedarf für die Wohlfahrtsarbeiten über 100 Millionen betragen. Wie hoch er in diesem Jahre steigen wird, ist noch nicht zu übersehen. Eine Regelung dieses Teils der finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit ist unbedingt Voraussetzung jedes Finanz- und Lastenausgleichs.

TOTE AUGEN

ROMAN VON ERIKA RIEBERG

(61)

(Fortsetzung.)

„Weiter.“

Liberty schluckte und sprach schauernd:

„Herr Wieland lag bewußtlos im Keller, da haben ihm Senteck und noch einer, ein Maler war's — ich glaube Urban heißt er — die Papiere von einem russischen Flüchtling in die Tasche gesteckt — und — wir haben wir ihn an die Grenze gefahren.“

„Und dann?“

„Dann hat ihn die Grenzgarde gefunden — und — weiter weiß ich nichts von ihm!“

Der Fürst atmete tief auf. Den Urheber solcher Schandthaten hatte er lange Zeit in nächster Nähe gehabt! Und weitere Verbrechen hatten sich unter seinen Augen abgespielt!

Ronikow ging erregt im Zimmer hin und her.

Russische Grenzgarde! Papiere eines russischen Flüchtlings in der Tasche! Oh, Nikolai Ronikow, der Kette des Polizeipräsidenten in Moskau, konnte das Schicksal des Unglücklichen voraussagen.

Donnersfels fragte weiter:

„Sie haben also Beihilfe geleistet? Haben sich mitschuldig gemacht?“

„Ich habe ihn mit an die Grenze gebracht — weiter nichts.“

„Weiter nichts? — Und dann sind Sie Ihrem Komplizen hierher gefolgt?“

„Ja, ich wollte doch auch einen Vorteil davon haben.“

„Und der Maler, von dem Sie sprachen?“

„Weiß nichts davon. Ich ging aus Kattowitz fort.“

„Sie haben also hier die ganze Zeit von Erpressungen gelebt? Senteck mußte für Ihre Schweigen zahlen?“

„Ja!“

„Wie können Sie die Sache mit den Zeichnungen, überhaupt die ganze Erzählung beweisen?“

Ueber Liberty's Gesicht ging eine teuflische Freude.

„Ich kann's beweisen. In meiner Herberge im Stroh — da liegt eine kleine Ledertasche, mit einem schwarzgebundenen Heft, darin sind die ersten Zeichnungen vom Kastell. Es steht auch eine Widmung darin: Friedrich Wieland seiner geliebten Wera Hagen. — Am Abend der Abreise nach Schloß Donnersfels geschenkt! — Ein Datum steht auch dabei. Es war derselbe Abend, an dem Senteck den Wieland die Treppe hinunterstieß. Der Brief ist an den Maler Urban in Kattowitz. Die Mappe mit den richtigen Plänen hat Senteck dem Herrn Wieland schon im Keller gestohlen. Ich habe sie hier noch oftmals in seiner Wohnung gesehen.“

„Lieber Vetter, sei so gut, spiele indessen den Protokollführer. Ich will zunächst keine weiteren Zuhörer.“

„Herr Reniamtmann, ich bitte, Buch und Brief herbeizuschaffen.“

Der Beamte ging, nachdem Liberty seinen elenden Unterstand bei dem Wir: Schöffow ihm angegeben hatte. Indes fragte der Fürst weiter:

„Wer ist diese Wera Hagen? Wie kamen Sie in den Besitz des Heftes?“

„Das will ich auch erzählen, denn das ist wieder eine schreckliche Schandthat vom Senteck.“

„Berichten Sie! Aber wahrheitsgetreu, sonst...“

„Oh, Durchlaucht, alles ist die Wahrheit, was ich sage.“

„Gut! Weiter!“

„Erst noch 'n Glas Wein — denn dies — dies ist ganz gräßlich. Mir wird noch schlecht, wenn ich bloß daran denke.“

Er trank gierig und fuhr fort, fast geschmeichelt von der Spannung seiner Zuhörer, zugleich getrieben von Wut und Rache:

„Wir hatten beim Schöffow gezecht. Ich wollte Geld von Senteck haben, denn die Anushta...“

Er verstummte erschrocken. Das war dumm, die Anushta durfte er nicht mit angeben. Verdammte! Nun mußte er auch das sagen.

„Wer ist Anushta?“ fragte schon der Fürst.

„Ihrer Durchlaucht: Kammermädchen.“ Es klang sehr kleinlaut.

„So! Für die erpreßten Sie Geld vom Baumeister?“

„Ja, sie wollte gern eine Goldkette haben...“

Donnersfels wandte sich zu seinem Vetter.

„So ist also diese Schmutzweib von Verbrechen und Schandthaten bis an mein Haus geflossen.“

Ronikow legte ihm beruhigend die Hand auf die Schulter.

„Das fließt an euch vorbei. Laß ihn erzählen; mir ahnt, daß Wichtigste als Beweis kommt noch.“

„Fahren Sie fort“, herrschte Donnersfels den etwas verschüchterten Liberty an.

„Ja, wir saßen beim Schöffow und hatten uns gestritten und wollten schon fortgehen. Senteck stand am Fenster, ich hinter ihm. Und da sahen wir, wie eine Frau ganz langsam und taumelnd am Zaun entlang ging, und mit einem Male brach sie gerade vor der Pforte zusammen. Der Senteck erschrak dabei so mächtig, daß ich gleich was witterte. Er lief hinaus — ich auch.“

Er starrte die Frau an, wurde leichenblau, stuchte ganz lästerlich und schrie mich an: „Jass! an! — Wir haben die Frau in seine Wohnung getragen. Sie war immer bewußtlos. Ihren kleinen Handteller hat er in seinen Schrank geschlossen. Dann hat er ihr ein Getränk eingegößt. Ich habe geschrien: Du sollst sie nicht vergiften. Da hat er gelacht: Du Narr, ich vergifte sie nicht! —

Fortsetzung folgt.

Nach den Ausführungen Dr. von Leddenz ergriff der Geschäftsführende Präsident des Reichstädtbundes, Dr. Häfel, Berlin, das Wort zu einem Vortrag über die Reform der Verwaltungspraxis.

Eintretend betonte der Redner die Notwendigkeit einer Angleichung des kommunalen Verfassungsrechts in allen deutschen Ländern und eine Vereinfachung in Preußen, um dem Zustand der Rechtsungleichheit ein Ende zu machen. Die einheitliche Einführung des Einräter-Systems sei empfehlenswert. Der einheitlichen Verantwortlichkeit der Stadtvertretung für die Willensbildung entspreche die einheitliche Verantwortlichkeit des Bürgermeisters für die Verwaltung. Auch im demokratischen Staat sei die Selbstverwaltung als unmittelbare Selbstherrschaft unentbehrlich.

Die Reichsregierung empfängt.

Reichsaußenminister Dr. Curtius an die Weltkraftkonferenz.

Aus Anlaß der Weltkraftkonferenz veranstaltete die Reichsregierung einen Empfang, zu dem neben dem diplomatischen Korps mehrere Minister, Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden sowie Vertreter der Wirtschaft, Wissenschaft und Presse erschienen waren. Im Namen der Regierung ergriff

Reichsaußenminister Dr. Curtius

das Wort zu einer Ansprache, in der er nach Worten des Willkommens seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß es gelungen sei, Vertreter von 47 Nationen mit zahlreichen deutschen Kongreßteilnehmern zu freundschaftlicher Aussprache zu vereinigen. Ähnlich wie bei politischen Verhandlungen bedürfe auch dieses technisch-wirtschaftliche Gemeinschaftswerk zum Gelingen der persönlichen Führungnahme, der gegenseitigen Verständigung, der Atmosphäre. Dr. Curtius meinte dann, daß jeder Schritt auf dem Wege zur Lösung der Aufgaben dieser Konferenz geeignet sei, die Völker einander näherzubringen und die wirtschaftliche Lage aller zu verbessern.

Hierauf sprach Professor Vollauro, der im Namen der italienischen Delegation für die Gastfreundschaft dankte, die man in Deutschland gefunden habe, und für die vorzügliche Organisation dieser Konferenz, deren Arbeiten Italien mit großem Interesse verfolge.

Die Jubiläumsfeier

der Augsburgener Konfession.

Augsburg im Festschmuck.

Die Feier des Jubiläums der Augsburgener Konfession ist in vollem Gange. Zahlreiche Fremde sind bereits in Augsburg, das im Festschmuck prangt, eingetroffen. Die verschiedenen Ausstellungen sind eröffnet und bieten eine Fülle an erlesenen Kunstgegenständen und historischen Denkmälern. Am 28. Juni wird auch das Maximilianmuseum wiedereröffnet werden; gleichzeitig wird die Freigabe der Ausgrabungen auf dem Fronhofe erfolgen. Diese Ausgrabungen dürften einen besonderen Anziehungspunkt bilden, da in ihrem Rahmen einzigartige Funde, wie die älteste christliche Taufstätte nördlich der Alpen, vielleicht das früheste christliche Heiligtum in Deutschland, zu sehen sind.



Die Eröffnung der Vibelausstellung in Augsburg durch Prälat Dr. Groß (links), den Leiter der Privilegierten Vibelanstalt in Stuttgart.

Aus dem Gerichtssaal

Frau Neumann außer Strafverfolgung gesetzt. In der Strafsache gegen Frau Neumann, die des Mordes an dem Breslauer Professor Rosen beschuldigt wird ist der Antrag des Verteidigers, über den Gesundheitszustand der Angeeschuldigten ein Gutachten einzuholen, abgelehnt und die Beschwerde gegen diesen Beschluß von der Sechsten Strafkammer in Breslau als unbegründet zurückgewiesen worden. Ferner wurde durch Beschluß der gleichen Kammer die Angeeschuldigte gemäß dem Antrage der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt. Die aus dem Gutachten des Professors Dr. Meuter sich ergebenden Bedenken gegen die Zurechnungsfähigkeit der Angeeschuldigten im Zeitpunkt der Tat wurden als so schwerwiegend erachtet, daß auch die etwa andersgeartete Stellungnahme eines Gutachters nicht die Überzeugung von der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Neumann begründen könnte.

Aus Stadt und Land.

○ Selbstmord einer dänischen Zahnarztfamilie. In dem dänischen Städtchen Siege hat sich eine furchtbare Familientragödie abgespielt. Man fand den Zahnarzt Löffm, der seit langen Jahren dort wohnte, seine Gattin und ihre erwachsene Tochter mit Gas vergiftet vor. Die Frau war bereits tot, der Mann liegt im Sterben, die Tochter konnte ins Leben zurückgerufen werden. Sie erklärte, daß sie alle drei entschlossen gewesen seien, aus dem Leben zu scheiden. Sie hätten außer Gas auch Gift genommen. Über die Ursachen der Tat ist bisher noch nichts bekannt geworden.

○ 17 Dzeandampfer in rasender Fahrt nach Amerika. Durch das bevorstehende Inkrafttreten des neuen amerikanischen Zolltarifs wird die Einfuhr nach Amerika empfindlich getroffen. 17 Dzeandampfer aus allen Ländern streben mit Vollkraft amerikanischen Häfen zu, um noch vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle einzutreffen.

Die Sühne für das Sprindler Eisenbahnunglück.

Insterburg. Am Montag und Dienstag verhandelte das Schöffengericht Insterburg gegen den Schrankenwärter Fiedler und den Kraftwagenführer Hasenbein, die beschuldigt sind, durch Fahrlässigkeit das furchtbare Eisenbahnunglück bei Sprindler am Silvesterabend des Jahres 1929 verursacht zu haben, bei dem sechs Personen getötet und neun verletzt worden waren. Das Insterburger Schöffengericht verurteilte den Bahnwärter Fiedler wegen fahrlässiger Tötung unter Verlegung seiner Amtspflicht in Tateinheit mit fahrlässiger Körperverletzung unter Verlegung seiner Amtspflicht zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis. Der Auto-Drahtbusführer Hasenbein wurde freigesprochen.

Stapelung eines japanischen Kreuzers.

Tokio. Wie aus Tokio gemeldet wird, ist in Jokojima ein neuer japanischer Kreuzer von 10000 Tonnen vom Stapel gelassen.

Glauchau. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten wurde ein Kommunist durch einen Messerstich getötet. Mehrere andere Personen wurden verletzt.

Chilago. Der Polizeipräsident Russell und sein Stellvertreter sind von ihren Posten zurückgetreten. Ihr Rücktritt ist auf die große Erregung der Bürgerschaft über die Ermordung des Journalisten Lingle zurückzuführen.

Handelsteil.

Ämliche Berliner Notierungen vom 17. Juni.

* Börsenbericht. Tendenz: Matt. Unter dem Eindruck des Kurseinbruchs an der New Yorker Börse eröffnete die Berliner Börse bei Kursrückgängen bis zu neun Prozent in ausgesprochen matter Haltung. Im übrigen stand die Stimmung weiter unter dem Eindruck der augenblicklichen Regierungsschwierigkeiten. Man verwies auf den Pariser-Gilbert-Bericht, in dem die augenblickliche Finanzwirtschaft scharf kritisiert wird. Nach den ersten Kurzen trat auf Intervention der Großbanken hin ein Stillstand der Abwärtsbewegung und teilweise eine Erholung ein. Geld war mit 2,50-4,50 und Monatsgeld mit 4,75-5,75 Prozent zu haben. Im Verlauf war die Tendenz wenig verändert. Die nach den ersten Kurzen eingetretenen Erholungen konnten sich zum Teil behaupten.

* Devisenbörse. Dollar 4,18-4,19; engl. Pfund 20,34 bis 20,38; holl. Gulden 168,40-168,74; Danz. 81,34-81,50; franz. Frank 16,43-16,47; Schweiz. 81,09-81,25; Belg. 58,39-58,51; Italien 21,92-21,96; schwed. Krone 112,44-112,66; dän. 112,05 bis 112,27; norweg. 112,04-112,26; tschech. 12,41-12,43; österr. Schilling 59,10-59,22; Argentinien 1,540-1,544; Spanien 48,05-48,15.

* Produktentbörse. Alter Weizen bleibt vereinzelt angeboten. In neuem Weizen kommt nur wenig Geschäft zustande, die abgegebenen Gebote werden zumeist als unzureichend abgelehnt. Roggen alter Ernte bedarf weiterhin der Stilllegung, während neuer Roggen nur verhältnismäßig knapp angeboten wird. Am Lieferungsmarkt ergaben sich nur unbedeutende Preisveränderungen. Wehl wird bei unveränderten Preisen nur in kleinen Quantitäten gekauft. Hafer sehr fest, Gerste ruhig, aber fest.

* Heu- und Strohnottierungen. Preise: Roggenstroh (drahtgepreßt) 1,00-1,15; Weizenstroh (drahtgepreßt) 0,85 bis 1,05; Haferstroh (drahtgepreßt) 0,60-0,70; Gerstestroh 0,60 bis 0,70; Roggenlaugstroh 0,85-1,05; Roggenstroh (bindfadengepreßt) 0,75-0,90; Weizenstroh (bindfadengepreßt) 0,65 bis 0,75; Stroh 1,55-1,70; Heu (handelsüblich) 1,50-1,70; Heu (gutes) 1,90-2,20; Luzerne (los) 2,65-2,90; Timothee 2,40 bis 2,60; Altschilf (los) 2,30-2,50 Markt; drahtgepreßtes Heu 40 Hl. über Markt.

Getreide und Misaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

Wetz. märt.	17.6	16.6	Wetzl. f. Vln.	7.6-8.1	7.7-8.2
pommersch.	—	—	Noatl. f. Vln.	7.7-8.0	7.7-8.0
Noga. märt.	172-177	172-177	Mapz	—	—
Braugerste	—	—	Leinfaat	—	—
Futtergerste	167-182	167-182	Witt.-Erbsen	24.0-29.0	24.0-29.0
Sommergerste	—	—	II. Speiseerbs.	21.0-25.0	21.0-25.0
Wintergerste	—	—	Futtererbsen	18.0-19.0	18.0-19.0
Hafer, märt.	151-161	149-162	Veisufafen	17.0-18.0	17.0-18.0
pommersch.	—	—	Nederbohnen	15.5-17.0	15.5-17.0
weipreuss.	—	—	Wicken	19.0-21.5	19.0-21.5
Weizenmehl	—	—	Lupin, blaue	15.7-17.2	15.7-17.2
p. 100 kg fr.	—	—	Lupine, gelbe	21.2-23.5	21.2-23.5
Pr. br. infl.	—	—	Seradella	—	—
Sach. (seinf.)	—	—	Napsluchen	10.6-11.6	10.6-11.6
Pr. h. Not.	34.0-42.2	34.2-42.5	Erbsenfuchen	15.7-16.2	15.7-16.2
Roggenmehl	—	—	Trockenschyl.	—	—
p. 100 kg fr.	—	—	Sohn-Schrot	12.0-13.0	12.0-13.0
Berlin fr.	—	—	Torfml. 30/70	—	—
infl. Sac	21.1-24.2	21.1-24.2	Kartoffelsfd.	13.0-13.4	13.0-13.4

* Berliner Butternottierungen. 1. Qualität 132, 2. Qualität 122, abfallende Sorten 106 Markt per Zentner.

* Berliner Schlachtviehmarkt. (Ämlicher Bericht.) Bezahlt wurden für 50 Kilogramm in Markt:

Dahsen: 1. vollst. ausgemäst. höchst. Schlachtw., ja. ältere	57-58	60-62
2. sonstige vollfleischige ältere	54-56	57-59
3. fleischige ältere	50-53	54-56
4. gering genährte	—	50-53
5. Bullen: 1. jüngere, vollst. höchst. Schlachtwertes	54-56	55-57
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	53-54	54-55
3. fleischige	51-53	52-53
4. gering genährte	49-50	49-51
5. Kühe: 1. jüngere, fleischige, höchsten Schlachtw.	45-48	48-51
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	38-44	40-46
3. fleischige	32-36	33-38
4. gering genährte	25-30	27-22
5. Färsen: 1. vollst., ausgemäst., höchst. Schlachtw.	52-54	54-57
2. vollfleischige	48-51	50-53
3. fleischige	43-46	45-49
4. Fresser: 1. mäßig genährtes Jungvieh	45-50	45-50
2. Kälber: 1. Doppellender bester Mast beste Mast- und Saugläber	68-75	75-80
2. mittlere Mast- und Saugläber	60-70	68-75
3. geringe Kälber	50-55	55-65
4. Schafe: 1. Mastlamm u. ja. Mast. (Weidemast)	—	—
2. Mastlamm und junge Mastlamm. (Stallmast)	58-62	62-66
3. mittlere Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte Schafe	50-57	55-60
4. Schweine: 1. Festschweine über 300 Pfd.	56-58	59-61
2. vollst. Schweine v. etwa 240-300 Pfd.	56-59	60-62
3. vollst. Schweine v. etwa 200-240 Pfd.	57-61	61-63
4. vollst. Schweine v. etwa 160-200 Pfd.	59-61	61-63
5. fleischige Schweine v. etwa 120-160 Pfd.	59-60	60-62
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.	—	—
7. Sauen	51	53

Austrich: Rinder 1229, darunter 376 Ochsen, 350 Bullen, 503 Kühe und Färsen; 3230 Kälber, 343 Schafe, zum Schlachthof direkt 283 Schafe, 13 839 Schweine, zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt 2585 Schweine, 218 Auslandschweine. Verkauf: Bei Schafen schleppend, bei den übrigen Waltungen langsam.

* Schweine und Ferkelmarkt in Friedrichsfelde. Auftrieb: 158 Schweine, 322 Ferkel. Verkauf: Langsam bei weichenden Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel für Laufscheine 5-6 Monate alt 50-70, Fötte 3-4 Monate alt 38-50, Ferkel 9-13 Wochen alt 30-38, die. 6-8 Wochen alt 25-30 Markt je Stück.

* Schwarzer Tag der New Yorker Börse. Die New Yorker Börse hatte Montag einen schwarzen Tag zu verzeichnen. Die Kursverluste erreichten bei zahlreichen Spezialwerten ein Ausmaß von 15-22 Dollar. Der „New York Herald“ schätzt die Börsenverluste auf vier Milliarden Dollar. Verschiedentlich wurde der Kurseinbruch mit dem neuen amerikanischen Zolltarif in einen gewissen Zusammenhang gebracht, da unangünstige Auswirkungen für die gesamte amerikanische Wirtschaft, insbesondere jedoch für den Außenhandel befürchtet werden.

Berliner Obst- und Gemüsemarkt. Im Engroszhandel notierten in Markt für 50 Kilogramm einschließl. Fracht, Speise- und Provision, wenn nicht anders vermerkt: Erdbeeren, Werberische, 60-75; Kirchen, Werberische, 40 bis 50; Stachelbeeren, unreife, 14-18; Wirsingkohl, hiesiger, 10-14; Blumenkohl, hiesiger, 100 Kopf 10-30; Mohrrüben, junge, 100 Bund 15-20; Salat 100 Kopf 4-6; Radieschen, Schod-Bund 1-1,25; Rettiche Schod-Bund 2-3; Kohlrabi Schod 0,80-1,25; Spinat 3-6; Blatt 7-9; Khabarber, Freiland, 2-3,50; Gurken, Treibhaus, 100 Stück 20-35; Meerrettich 15-20; Sellerie I 20-30, junge Schod 2-6; Porree Schod 0,50-1; Spargel, gebündelt I 35-50, II 8 bis 20, III 5, los I 30-40, II 6-15, III 3-5, unfortiert 20; Schoten 20-25.

Berliner Porzellan.

Es war ein Berliner, der Apothekerlehrling Friedrich Böttcher, dem es im Jahre 1709 gelang, in Meissen das erste wirkliche weiße Porzellan herzustellen. Schon ein Jahr später war er der erste Direktor der dort eingerichteten kurfürstlichen Manufaktur. Das streng gehütete Meißener Geheimnis blieb nicht lange geheim. Alle paar Jahre wurden in den verschiedensten Städten Deutschlands Manufakturen gegründet, und 1750 folgte als fünfte Stelle Berlin, noch vor Nymphenburg. Ihr Begründer war der Kaufmann Wegely, nach dem die Straße benannt ist, in der sich heute die Staatliche Manufaktur befindet. Die Fabrik von Wegely ging 1757 schon wieder ein, einer seiner Angestellten verfuhrte sich weiter, konnte aber auch keine Geschäfte machen. Er verkaufte 1761 sein Porzellanrezept für 4000 Taler an Johann Ernst Bogtowitz, und seit diesem Jahre besteht die Manufaktur ununterbrochen bis heute. Sie ist neben Meissen die einzige der vielen staatlichen Manufakturen, die in der Form des 18. Jahrhunderts weiterbesteht. Unter Friedrichs des Großen tatkräftiger Förderung nahm das Unternehmen einen riesigen Aufschwung. Schon damals wurde das gleiche Material verwendet wie heute: Porzellanerde aus der Gegend von Halle.

Die Erzeugnisse der Berliner Manufaktur haben in ihrer klassischen Zeit durchaus die Höhe der Meißener Produktion erreicht, ja sie haben Meissen sogar auf einem Gebiet übertroufen: in der Herstellung des beliebten rotenroten Farbtönen. Die künstlerische Gestaltungskraft und der Formwille eines Zeitraums von fast zwei Jahrhunderten Berliner Kulturgeschichte sprechen aus den Werken der Staatlichen Porzellan-Manufaktur. Nach der Zeit Friedrichs des Großen, aus der die berühmten Tafelseries und der großartige Tafelauflage Katharinas II. stammen, folgen die strengeren Formen des Klassizismus. Seine größten Künstler, Schadow und Schinkel, haben für die Manufaktur gearbeitet. Bedeutende Künstler sind auch heute für sie tätig, und es spricht für den Willen zu der ehesten Formvollendung unserer Zeit, daß der neue Leiter der Staatlichen Manufaktur, Professor von Bachmann, mit den keramischen Werkstätten der Kunstgewerbeschule auf Burg Siebichenstein eine Werkgemeinschaft geschlossen hat.

Die Ausstellung „Berliner Porzellan“ im Rahmen der großen Schau am Kaiserdamm, die ja die Aufgabe hat, nicht nur das verschwundene alte Berlin zu zeigen, sondern darzustellen will, inwieweit dieses alte Berlin das Fundament der Weltstadt ist und wie sich diese Weltstadt vom Mühlen-damm zum Kaiserdamm entwickelt hat, legt deshalb weniger Wert auf eine zusammenhängende historische Reihenfolge und auf Vollständigkeit als auf jene Muster und Formen, die auch heute noch ansprechen.

Neben den ersten Formen der Frühzeit aus den Jahren 1751 bis 1763 stehen dort die wenig bekannten Porzellanplastiken aus der Zeit Friedrichs des Großen. Es folgen Stücke des herrlichen Tafelseries aus dem Breslauer Stadtschloß und aus dem „Roten Tafelseries“. Vom Ende des 18. Jahrhunderts fällt eine Deckelase (grüne Porzellanmasse) aus der Orangerie in Potsdam auf. Porzellanplastiken des 19. Jahrhunderts nach Entwürfen von Schadow, Rauch und Riese werden gezeigt, darunter die charakteristische Büste des Buchhändlers Nicolai, des berühmten Lessingfreundes, nach einem Modell von Schadow. Am wenigsten ansprechend für unseren heutigen Geschmack sind die Werke vom Ende des 19. Jahrhunderts. Die „Berlinerinnen im Gesellschaftsleid von 1882“ gehören einer glücklicherweise verschwundenen Epoche an, ebenso die Verluhe um 1900.

Bermischtes.

○ Volkszählung in Neuyork. Die Gesamtergebnisse der Neuyorker Volkszählung liegen jetzt vor. Wenn auch das Endergebnis vielleicht noch einige unwesentliche Verschiebungen um einige Duzend bringen wird, so gibt doch schon die jetzt festliegende Ziffer einen ungefähren Begriff von der riesenhaften Menschenzammballung am Hudsonfluß. Die Zahl 6 109 334 zeigt, daß Neuyork noch um etwa die Hälfte mehr Einwohner als Groß-Berlin (4,2 Millionen) hat. Die entsprechende Zahl von 1925 war 5 873 356. Im Vergleich zum Zuwachs der West- und Südstädte ist diese Zunahme gering; ihre Verlangsamung beruht wohl größtenteils auf der scharfen Einwanderungsbeschränkung. Immerhin wohnen rund 5 vom Hundert aller Bewohner der Vereinigten Staaten in Neuyork; die Vergleichszahl für Berlin und Deutschland ist 6 v. H., so daß also jeder 20. Amerikaner in Neuyork, dagegen schon jeder 16. Deutsche in Berlin wohnt.

○ Die Fahrtgeschwindigkeit in Schweden freigegeben. Die Polizeibehörden haben sich dahin geeirigt, den Kraftwagenführern künftig keine Höchstgeschwindigkeit mehr vorzuschreiben. Der Polizeidirektor in Malmö erklärte auf Betragen eines Pressemanns, die Freigabe der Fahrtgeschwindigkeit sei schon diesen Sommer erfolgt, weil die Schweden ohnedies so ritterliche Leute seien.